

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

35. Jahrg.

Leipzig, Sonntag den 6. Juni 1897.

N^o 63.

Der Jahresbericht des Vorstandes

spiegelt auch in seiner Einleitung jene stürmische Epoche wider, welche in der weitaus größten Hälfte des vergangenen Jahres die Mitglieder in Aufregung erhielt und dem Verband einen uneinbringlichen Schaden materieller und ideeller Natur zufügte. In chronologischer Folge behandelt der Jahresbericht die auf die Untergrabung des Verbandes hinzielende Tätigkeit des früheren Corr.-Redakteurs und der mit ihm verbündeten Personen, wie die wirksame Unterstützung derartigen Beginns durch einzelne Parteiblätter. Da der Bericht ja in die Hände eines jeden Mitgliedes gelangt, ist es überflüssig, denselben bezüglich seines ersten Teiles eingehender an dieser Stelle zu erläutern. Würde es doch zum großen Teil einer Schilderung von Bestrebungen gelten, welche heute noch ihrer Verwirklichung zuzuführen der ernsthafteste Wille der unversönlichsten Gegner des Verbandes ist.

Wenn wir uns daher dem erfreulicheren Teile des Berichtes und zwar dem sog. materiellen Teile desselben zu. Er enthält kein nächsternes Ziffernmateriale, über das man oberflächlich hinweggeht, denn in demselben kommt der Zweck, die Bedeutung und die Macht der Organisation zum Ausdruck. Was der Einzelne, was die Gesamtheit für unsere Organisation wie für die allgemeine Arbeiterschaft geleistet, und zwar nicht bloß im pekuniären Sinne, sagt dieser Teil des Berichtes. Vom ersten Tage des Eintrittes in den Verband bis zum Tode — mit den dazwischenliegenden ersten Epochen des Kampfes ums Dasein — entrollt sich hier das Bild des Ringens und Kampfes der organisierten Kollegen um eine bessere, eine menschenwürdige Existenz.

Doch lassen wir die einzelnen Ziffern des Berichtes für sich sprechen. Danach sind auch im Berichtsjahre die Kassenverhältnisse des Verbandes — gleich der Zahl seiner Mitglieder — progressiv gestiegen. 1115163,62 Mk. betragen die Einnahmen (gegen 1032440,15 Mk. in 1895) und 813326,60 Mk. (679985,52 Mk.) die Ausgaben. Es wurden mit Rücksicht auf die durch eine Reihe von Ausständen usw. veranlaßten hohen Ausgaben auch nur 301837,02 Mk. (anstatt 352454,63 Mk. in 1895) Ueberschuß erzielt. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 1068565,30 Mk. Beiträgen, 3935 Mk. Eintrittsgeldern, 42663,32 Mk. Zinsen, 2841,42 Mk. Corr.-Ueberschuß usw. In den Ausgaben figurieren 138491,05 Mk. Reiseunterstützung, 127341,75 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 74688,65 Mk. Unterstützung nach § 2 und Umzugskosten, 327917,79 Mk. Krankenunterstützung, 38810 Mk. Invalidenunterstützung, 18430,90 Mk. Sterbegeld, 41516,61 Mk. Ausgaben der Hauptverwaltung (einschl. der für die Halle'sche Generalversammlung, die Tarifberatungen in Leipzig und Berlin, Intern. Sekretariat, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, zur Unterstützung anderer Gewerkschaften usw.) und 45609,25 Mk. sächliche und persönliche Kosten der Haupt- und Lokalverwaltungen. Die Einnahmen steigerten sich gegen das Vorjahr um 8 Proz., die Ausgaben um 19,6 Proz., daraus ergibt sich, daß 1895

65,86 Proz., 1896 72,9 Proz. aller Einnahmen ausgegeben wurden. Gewiß ein bederliches Zeugnis von dem relativ immer noch ungünstigen Existenzbedingungen unserer Mitglieder und von der Notwendigkeit, immer weitere Kreise für unsere Organisation zu erschließen.

Die Zentral-Invalidenkasse in Bg. unterstützte im ersten Quartal 1896 261, im letzten 243 Invaliden mit insgesamt 90719 Mk., außerdem zahlte dieselbe noch 2260 Mk. Begräbnisgeld für verstorbene Invaliden, 4999,01 Mk. für die Verwaltung, und schloß mit einem Saldo von 883423,94 Mark ab. Im Jahr 1893 gab diese Kasse 123578 Mark, 1894 111656 Mk., 1895 99859 Mk. und 1896 — wie schon erwähnt — 90719 Mk. für Invalidenunterstützung aus; bewegten sich die Ausgaben auch weiter in diesem Verhältnisse (9 bis 10 Proz. des jeweils verbleibenden Vermögens) und findet inzwischen die Liquidation keine andre Regelung, so ist in dem nächsten Dezennium noch an keinen definitiven Abschluß der Invalidenkasse zu denken.

Der Correspondent erzielte eine Einnahme durch Abonnements von 36918,05 Mk., Inserate 3597,72 Mk. und Porto usw. 1601,94 Mk., insgesamt von 42117,71 Mk., verausgabte wurden für Druckkosten 22640,58 Mk., Papier 7153,95 Mark, Redaktion und Expedition 6127,44 Mk., Porto und dergl. 3197,52 Mk. und Litteratur 156,80 Mk. Es konnten 2841,42 Mk. Ueberschuß der Hauptkasse überwiesen werden.

Rechnen wir dem Bestande der Verbandskasse in Höhe von 1204141,28 Mk. denjenigen der Invalidenkasse in Bg. mit 883423,94 Mk. hinzu, so repräsentiert sich unser Gewerkverein wieder als doppelter Millionär und hat noch ein nettes Sümmechen darüber, das allein schon für manche „Kampforganisation“ eine imaginäre Größe ist. Der Verband der Deutschen Buchdrucker wird seine Kraft nie mißbrauchen, darum muß anerkannt werden, daß die friedlichen Erfolge des letzten Jahres der Machtstellung desselben zu danken sind und je größer die Erkenntnis unter den deutschen Buchdruckern von dem Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation sich ausbreitet, um so sicherer wird der Verband die Stellung als gleichberechtigter Faktor auf dem Arbeitsgebiet ausüben können.

Auch der ausgiebigsten Solidarität entbehrt unsere Organisation selbstverständlich nicht, außer 2000 Mk. für den Schriftgießerkongreß, 1450 Mk. für das Internationale Buchdrucker-Sekretariat und 500 Mk. an die Schriftgießer in Italien wurden noch die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin mit 4000 Mk., die Hafnarbeiter in Hamburg mit 1000 Mk., die Textilarbeiter in Langenbielau mit 350 Mk. und die Höpfer in Regbam mit 200 Mk. unterstützt.

Die Zahl der steuernden Mitglieder belief sich in den vier Quartalen 1896 auf 20949, 21866, 21354 bzw. 22522 in 865 Orten gegen 18922, 19591, 19718 bzw. 20510 in 837 Orten im Jahr 1895.

Schon die gewaltige Summe von 470450 Mark für Reise-, Arbeitslosen-, Gemafregelungs- und Invalidenunterstützung — aufgebracht in einem

einzigem Jahre! — muß neben einem Mitgliederzuwachs von 2000 Mann diejenigen zum Schweigen bringen, welche von derartigen Einrichtungen eine Schwächung der Organisation befürchten. Und wie der „hirsch-dunderische“ Gewerkverein der Buchdrucker seine Solidarität gegenüber der Gesamtarbeiterschaft bekundete, das dürfte aus der Tatsache des ziffernmäßigen Nachweises hervorgehen, daß die Hauptkasse im verfloffenen Jahre 82000 Mark teils an Unterstützungen, teils als Darlehen an andere Arbeiter abgeführt hat. Schon die Hälfte dieser Summe ist größer als das Gesamtvermögen des Gutenberg-Bundes. Außerdem haben für die Hamburger Hafnarbeiter die Buchdrucker durch freiwillige Beiträge über 30000 Mk. aufgebracht.

Und so stellt sich auch im Berichtsjahre trotz aller Zersplitterungsversuche und trotz aller anderseitiger unbegründeter Bekämpfung seiner gewerkschaftlichen Tendenzen der Verband dar als jener wahre Freund, der sich uns in den trübsten Stunden des Lebens noch immer von einer ehernen Treue und Zuverlässigkeit erwiehen hat. Möge daher — um mit den Worten des Vorstandesberichtes zu schließen — ein jedes sich seiner Aufgabe bewußte Mitglied dahin wirken, daß im einigen Streben der Verband immer mehr erstärke und dadurch befähigt werde, ein machtvoller Faktor zur Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder zu sein und zu bleiben!

Protokoll

über die

Sitzungen des Tarif-Ausschusses Deutscher Buchdrucker am 28. und 29. Mai 1897 im Theater-Restaurant zu Berlin.

(Schluß.)

Sitzung vom 29. Mai 1897.

Den Vorsitz führt Herr Giesecke. Ausgelost für die Abstimmungen wird Herr Dominé. Das Protokoll der ersten Sitzung wird verlesen und genehmigt; auch wird beschlossen, daselbe nebst dem Geschäftsberichte des Tarif-Ausschusses im Auszuge zu veröffentlichen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen, betr. die Antwort der Zeitschrift-Redaktion und wörtliche Korrespondenz mit derselben, sowie Dechargerteilung für den Kassenabschluß, wird zur Besprechung des Punktes 7 der Tagesordnung: Feststellung des Agitationsplanes für das Geschäftsjahr 1897/98, geschritten.

In einer sehr lebhaften Debatte, an welcher sich die Herren Matthaei, Kule, Klapproth, Giesecke, Mahlau, Büxenstein, Rah, Seib, Schlag, Bettenworth, Rauch und Dominé beteiligen, wird an der Hand der erstellten Erfolge in der Tarifeinführung und unter Würdigung der noch übrig gebliebenen verbesserungsbedürftigen Verhältnisse aller Kreise erwogen, in welcher Weise und zu welcher Zeit am besten dazu Stellung genommen werden solle, um einen allgemeinen Fortschritt zu erzielen und der Verallgemeinerung des Tarifs an möglichst allen Orten und Firmen näher zu kommen.

Aus der Beratung gehen folgende Beschlüsse hervor: 1. Das Tarifamt wird angewiesen, strengste Anweisung an die Arbeitsnachweise ergehen zu lassen, daß sie nur solche Gehilfen in die Listen aufnehmen, welche nachweislich aus Druckerien kommen, die vom Tarifamt als tarifstreu veröffentlicht sind. 2. Solche Gehilfen, welche bei Konflikten wegen Ein- und Durchführung des Tarifs in den betreffenden Druckerien, so lange der Konflikt vom Tarifamt nicht als beendet erklärt ist, in Arbeit treten, dürfen auf die Dauer

von mindestens einem Jahr in die Listen der Arbeitsnachweise behufs Arbeitsvermittlung nicht aufgenommen werden.

Ferner wird als vom Ausschuss acceptiert zu Protokoll gegeben: daß wir fortan von jeder schriftlichen Anerkennung des Tarifs seitens der Gehilfen absehen und daß nach § 48 des Tarifs jeder Gehilfe als tariffrei zu betrachten, der aus einer tariffreien Druckerlei kommt oder in einer solchen beschäftigt ist.

Hierauf folgt die Beratung des Punktes 8 der Tagesordnung: Kostendeckung für das Etatsjahr 1897/98.

Hierzu beantragt Herr Giesecke, die Ausbringung einer Summe von insgesamt 4000 Mk. durch beide Teile beschließen zu wollen, welchem Antrage sich Herr Büxenstein anschließt, nachdem festgestellt worden, daß voraussichtlich die Summe genügen werde, um die laufenden Kosten zu decken.

Herr Mahlau schlägt vor, in den Kreisen gemeinsam die Beiträge zu erheben, den Pflichtteil an das Amt abzuführen, den übrigen Betrag jedoch zu Kreisausgaben zurückzubehalten.

Herr Büxenstein bemerkt demgegenüber, daß bei Einziehung der Beiträge freilich auch auf die dem Kreis entstehenden Ausgaben Rücksicht zu nehmen sei. Bezüglich Firmen die Zahlung des Teilbetrages, dann müsse das Tarifiat die Kreisvertreter bei Einziehung des Betrages unterstützen, nichtzahlende Firmen aber wären alsdann als tariffrei zu streichen.

Nachdem Herr Seitz sich für den Antrag des Tariff-Amtes ausgesprochen, zieht Herr Mahlau seinen Antrag zurück und wird der des Tariff-Amtes angenommen.

Hieran schließt sich die Beschlussfassung über Punkt 9 der Tagesordnung: Wahl des Vorortes.

Herr Klapproth empfiehlt Berlin als Vorort und die Wiederwahl der Mitglieder des Tariff-Amtes, und bittet, die Wahl per Akklamation zu vollziehen.

Widerspruch oder weitere Vorschläge erfolgen nicht und wird zunächst Berlin als Vorort gegen 1 Stimme wiedergewählt.

Bezüglich Wahl der Mitglieder des Tariff-Amtes schlägt Herr Bernstein vor, als auswärtige Mitglieder diesmal die Vertreter des VII. Kreises zu wählen, worauf Herr Bar erklärt, eine Wahl seiner Person entschieden ablehnen zu müssen.

Darauf werden die bisherigen Mitglieder des Tariff-Amtes wiederum als solche bestätigt, an Stelle eines die Wahl ablehnenden Gehilfenmitgliedes Herr Streckert als Stellvertreter neugewählt.

Nunmehr wird zu Punkt 10 der Tagesordnung: Antrag Knie: Schaffung von Normen für den Maschinensatz geschritten.

Herr Knie als Antragsteller betont die Notwendigkeit, sich mit dieser Frage vertraut zu machen, das gegenwärtig bestehende Einverständnis mit den Prinzipalen lege dies um so mehr nahe. Es handelt sich darum, drohende Gefahren zu mildern und denselben nach Kräften zu begegnen. Leider war es ihm nicht möglich, den von ihm aufgestellten Entwurf früher zur Kenntnis zu bringen, aber man werde sich wohl der Ansicht nicht verschließen können, daß in dem Entwurf über den Rahmen des Möglichen nicht hinausgegangen sei. Daß darin Gehalt und Berechnen in Berücksichtigung gezogen sei, beruhe auf den auf dem Gebiete des Maschinensatzes bisher gesammelten Erfahrungen. Das Verlangen auf Anstellung nur gelernter Buchdrucker an der Maschine, nach kürzerer Arbeitszeit und einer höheren Bezahlung für den Maschinensatz spreche nach Lage der Dinge für sich selbst und es liege im Interesse beider Teile, sich hierüber schlüssig zu werden. Der Tariff-Ausschuss habe die Pflicht, dieser Frage insoweit Rechnung zu tragen, als er in kurzen und klaren Zügen feststelle, was für die nächste Zeit für die Behandlung der Sezmashinenfrage maßgebend sein soll.

Herr Bernstein beantragt, die Frage auf eine spätere Sitzung zu vertagen, schon um deshalb, weil so manchem der Herren Kreisvertreter wie auch ihm persönlich ein eingehendes Verständnis für die Sezmashinenfrage fehle; außerdem halte er eine Behandlung dieser Frage auch in Hinsicht auf die bisherige geringe Ausbreitung der Sezmashinen für zwecklos.

Herr Büxenstein pflichtet im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Bernstein bei und will auf Grund seiner Informationen in der Sezmashinenfrage nur konstatieren, daß sich innerhalb der letzten zwei Jahre betr. Einführung der Sezmashinen absolut wesentliches nicht geändert habe und es sei nach seinem Ermessen auch für die nächsten Jahre eine Verschlebung dieser Verhältnisse kaum zu erwarten. Er ersuche deshalb um Zurücknahme des Antrages.

Herr Giesecke kann dem Antrag auf Vertagung der Vorlage nicht zustimmen. Man brauche sich nicht mit dem Entwurf im speziellen zu beschäftigen, was auch er für unmöglich halte, aber die Hauptfragen möge man aus demselben zur Beschlussfassung herausheben.

Herr Büxenstein erklärt in einem Vermittlungsvorschlage, daß er gern bereit sei, in eine Behandlung der Sezmashinenfrage im Tariff-Ausschuss zu willigen, sobald der Zeitpunkt hierfür thatsächlich gekommen sei und eine Gefahr für Prinzipale und Gehilfen entstehe.

Herr Knie verteidigt noch einmal seine Stellung gegenüber dieser Frage, verzichtet aus den hier geltend gemachten Gründen auf eine spezielle Beratung des Entwurfes, formuliert aber den Extrakt desselben

in einem Antrage, der vorkommendfalls in etwas wenigstens der Sezmashinenfrage begegne. Es sei in dem Antrage die minimale Forderung eines Zuständigkeits seitens des Tariff-Ausschusses verlangt. Der Antrag lautet wie folgt:

Der Tariff-Ausschuss wolle beschließen, um eventuellen Mißständen durch das Auftreten der Sezmashinen zu begegnen, folgende Normen für die Tarifforganisation als grundlegend festzusetzen:

1. An den Sezmashinen dürfen nur gelernte Buchdrucker beschäftigt werden;
2. die Entlohnung darf nur im gewissen Grade erfolgen;
3. das Minimum des gewissen Gehaltes ist für den Maschinensetzer um 25 Proz. zu erhöhen;
4. die Arbeitszeit ist einschließlich der Pausen (Frühstück und Vesper) auf acht Stunden zu beschränken.

Herr Bernstein ersucht den Vorsitzenden, zunächst über seinen Vertagungsantrag abstimmen zu lassen.

Herr Mahlau spricht in gleichem Sinne, weil die Frage eben noch nicht spruchreif sei, stellt aber zugleich den Antrag auf Schluß der Debatte.

Herr Giesecke steht dem entgegen und sieht nicht ein, warum der Ausschuss zu dem Auszuge des Entwurfes keine Stellung nehmen solle; er halte diesen nicht nur für diskutierbar, sondern auch für annehmbar.

Es erfolgt hierauf Abstimmung über den Antrag des Herrn Mahlau auf Schluß der Debatte; derselbe wird abgelehnt, ebenso der Antrag des Herrn Bernstein: Den Antrag Knie bis auf weiteres zu vertagen, und zwar beide Anträge mit Stimmengleichheit.

Es wird deshalb in der Debatte über den Antrag Knie weiter fortgegangen und sprechen im Verlaufe derselben die Herren Wachs, Seitz und Schlag in eingehender Weise noch für den Antrag, während Herr Matthaei aus Gründen der Zweckmäßigkeit sich gegen eine Behandlung der Sezmashinenfrage wendet.

Damit schließt die Rednerliste und nach nochmaliger kurzer Befürwortung des Antrages Knie durch Herrn Giesecke wird der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Herr Büxenstein gibt hierauf namens der Prinzipale die Erklärung ab, daß dieselben nur deshalb gegen den Antrag gestimmt hätten, weil sie die Frage an sich noch nicht für spruchreif halten. Herrn Knie ersuche er persönlich, den Antrag nunmehr zurückzuziehen.

Der Antragsteller entspricht dem nicht, sondern wünscht den Antrag insanzugemäß behandelt zu sehen; derselbe wird deshalb der Geschäftsordnung entsprechend behufs nochmaliger Abstimmung zurückgestellt.

Als letzter und 11. Punkt stehen auf der Tagesordnung: Sonstige Anträge. Zunächst liegt der Antrag der Gehilfen von Westmünde, Bremerhaven und Lehe vor, den drei Städten den bereits früher dort gehaltenen, aber im Tariff nicht aufgenommenen zehnprozentigen Lokalzuschlag zuzusprechen.

Nach Befürwortung des Antrages durch die Herren Klapproth, Schlüter und Bernstein erklärt der Tariff-Ausschuss den Beweis für erbracht, daß der Lokalzuschlag in den drei Städten auch früher schon bestanden habe, es wird deshalb dem Antrage zugestimmt.

Hierauf kommt der Antrag der Gehilfen von St. Johann-Saarbrücken auf Erhöhung des Lokalzuschlages zur Berlesung.

Die Herren Büxenstein und Bernstein protestieren gegen eine Beratung dieses Antrages schon aus dem Grunde, weil es sich hier um Gehilfen handelt, die als tariffrei nicht anzusehen seien, während Herr Knie dringend ersucht, von einer solchen Stellungnahme gegen die Gehilfen abzusehen.

Herr Weiterworth hat gegenüber dem Ausdrucke, die genannten Gehilfen seien als tariffrei zu erklären, nichts einzuwenden, dagegen aber sei die Berechtigung des Lokalzuschlages nicht anzuzweifeln. Gegenüber diesem Antrage sowie einer ganzen Anzahl gleicher Anträge erklärt der Vorsitzende, daß der Tariff-Ausschuss aus formellen Gründen eine Beratung der Anträge ablehnen muß, da dieselben eine Abänderung des Tariffes involvieren.

Bezüglich Regensburg wird auf Antrag Seitz' beschlossen: Das Tariff-Amt möge Erhebungen anstellen, ob für Regensburg nicht schon früher ein Lokalzuschlag bestanden habe.

Ueber einen Antrag des Gehilfen Habert in Stuttgart auf Schaffung bezw. Anerkennung von Bestimmungen über Entlohnung der Wert- und Setzungs-Korrektoren wird als außerhalb des Rahmens unserer Wirkungskreises liegend zur Tagesordnung übergegangen.

Ein Antrag des Hauptvorstandes des Gutenbergbundes in Berlin: den Typograph als offizielles Organ des Tariff-Ausschusses anzuerkennen, wird abgelehnt, weil der Tariff-Ausschuss nicht berechtigt ist, eine formelle Aenderung des Tariffes, hier also des § 51, vorzunehmen.

Ein Antrag der Herren Kauh und Genossen, zu beschließen: Das Recht auf Ferienbewilligung für die Maschinensetzer als Ausgleich der im § 31 für dieselben festgesetzten Verlegung der Arbeitszeit wieder aufzuheben, gibt Herrn Büxenstein Veranlassung zu betonen, daß es sich in der Ferienfrage lediglich um ein gegenwärtiges Einverständnis zwischen Prinzipal und Maschinensetzer handle, nicht aber um eine einseitig vorzunehmende Anordnung.

Während Herr Kauh dringend um Annahme des Antrages bittet, vertritt Herr Giesecke die Meinung, daß gerade diese Ferienbestimmung eine nützliche für die

Maschinensetzer bedeute, als in vielen Fällen die Möglichkeit der Einstellung eines Arbeitslosen dadurch geschaffen werde.

Herr Bernstein ersucht um Ablehnung des Antrages, während Herr Seitz darauf hinweist, daß vielfach Konditionen von nur kurzer Dauer den Maschinensetzer gar nicht in den Genuß der Ferienbestimmung kommen lassen.

Herr Kauh behauptet, daß die Ferienbestimmung sich durch die verschiedensten Geschäftspraktiken einfach illusorisch machen lasse und illustriert dies an der Hand von Beispielen. Die Sache habe sich eben nicht bewährt, deshalb solle man sie beseitigen.

Herr Büxenstein weist aus dem Protokolle nach, daß bei Schaffung des § 31 zu Protokoll erklärt wurde, daß die Zusammenlegung längerer Arbeitszeit zu Ferien statthaft ist und nicht als tarifwidrig anzusehen sei. Der Ausschuss ist deshalb nicht berechtigt, vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Tariffes eine Abänderung oder Streichung dieser Bestimmungen vorzunehmen.

Herr Schlag spricht ebenfalls für den Antrag, erklärt aber, daß bei einer wirklich realen Handhabung der Ferienbestimmung für die Maschinensetzer ein Nachteil in derselben nicht zu erblicken sei.

Nachdem Herr Knie noch beantragt, diese Uebergangsbestimmung mit dem 1. Januar 1898 als geschnitten zu erklären, was Herr Giesecke aus formellen Gründen ebenfalls für unzulässig hält, wird über den Antrag Kauh und Genossen abgestimmt und derselbe abgelehnt.

Herr Kauh beantragt für Gräfentheimischen Erlaß des Lokalzuschlages oder ersucht das Tariff-Amt, bei der Firma nochmals zwecks Bewilligung desselben vorstellig zu werden, während Herr Giesecke von bereits gethanen, aber bisher vergeblich gebliebenen Schritten berichtet.

Auf eine Anfrage des Herrn Klapproth betreffend Erziehung für die erstmalig auscheidenden Mitglieder wird erklärt, daß die Einleitung derselben laut § 45 Ziffer 9 Sache des Tariff-Amtes sei.

Ein Antrag des Schiedsgerichts Stuttgart auf Urteil des Tariff-Ausschusses über einen Streitfall wird dem Tariff-Amt als Berufungsimanz überwiegen.

Herr Kauh bringt die Regelung der Arbeitszeit der Maschinensetzer in einer Druckerlei Juidaus zur Sprache.

Herr Schlüter stellt die Frage nach Abgrenzung der Schiedsgerichtsbezirke für die einzelnen Kreise, die dahin beantwortet wird, daß dies in dem Ermessen der Kreisvertreter liege.

Damit ist auch Punkt 11 der T.-O. erledigt und kommt der in der ersten Session mit Stimmengleichheit abgelehnte Antrag Knie nochmals zur Abstimmung; es erfolgt wiederum Ablehnung mit Stimmengleichheit.

Damit ist Schluß der Verhandlung eingetreten.

Nachdem Herr Klapproth dem Tariff-Amt für seine Thätigkeit Dank abgestattet und die Versammlung sich zum Schluss von den Plätzen erhoben, wird das Protokoll der heutigen Sitzung gelesen und dasselbe genehmigt.

Nach einigen herzlichen Schlussworten des Herrn Giesecke an die Versammelten wird die Sitzung des Tariff-Ausschusses geschlossen.

B. G. u. u.
Georg W. Büxenstein, L. G. Giesecke,
Vorsitzende.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 13. Juni begeben die Kollegen Julius Rauchaus und Julius Altman, Mitglieder der Norddeutschen Buchdrucker- und Verlagsanstalt, ihr fünfzigjähriges Buchdruckerjubiläum. Die Kollegen der Druckerlei veranlassen aus diesem Anlaß an demselben Tage vormittags eine Feier in Zimmermanns Festhallen, Lindenstraße 105.

Bremen. 31. Mai. Hinsichtlich auf den Versammlungsbericht von hier in Nr. 80 ist zu erklären, daß ich bei der Berichterstatterwahl gar nicht kandidierte, indem ich auf eine Wiederwahl verzichtet hatte. Der als Grund der geforderten „Abfegung“ geltend gemachte gänzlich bedeutungslose Fall Brinkmann-Misus wurde in meinem letzten Corr.-Bericht in kurzer aber genügender Weise vermerkt und zwar nach meiner Auffassung in streng objektiver Form. Sonst sind während meiner achtmonatlichen Thätigkeit als Corr.-Berichterstatter nennenswerte Monita bezüglich der Schreibweise nicht zu Tage getreten. Kühnast.

S-r. Bezirk Bonn. Am 23. Mai tagte in Koblenz unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung, auf welcher der Vorort Bonn durch 15, Koblenz durch 6, Bendorf durch 5 und Honnef a. Rh. durch 1 Mitglied vertreten waren. 2 Nichtmitglieder waren anwesend. Bezüglich des Besuchs seitens der Bonner Kollegen müssen wir diesmal mit Genugthuung konstatieren, daß derselbe in Bezug auf frühere Versammlungen etwas besser war. — Nachdem gegen 12 Uhr der Bezirksvorsitzende Heibinger die Versammlung eröffnet hatte, erteilte er dem Vorsitzenden der Koblenzer Mitgliedschaft, G. Siffone, das Wort, welches letzterer die von auswärts erschienenen Kollegen aufs herzlichste begrüßte und der Versammlung einen recht geistlichen Verlauf wünschte. Der Bezirksvorsitzende schloß sich dem Gesagten an und berichtete sodann, nachdem der Bezirkschriftführer Schneider das Protokoll der vorhergegangenen Bonner Bezirksversammlung verlesen hatte, welches genehmigt wurde, über die allgemeine Lage innerhalb des Bezirks im 1. Quartal

1897. Hervorgehoben zu werden verdient namentlich die im März vorgenommene Statistik, welche ein äußerst trauriges Bild über die Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnisse ergab; der inzwischen erschienene Gau-Rechnungsbericht wird hierüber jedem Interessenten die beste Auskunft geben. Ferner besagte der Vorsitzende, daß unter den Mitgliedern am Vorort eine außerordentliche Unruhe Platz gegriffen habe, aber auch die Einzelmitglieder, besonders in Kreuznach, Medenheim, Gedesberg u. a. D., bekundeten an der Vereinsache sehr wenig Interesse. Wahlen, Statistiken, Anfragen usw. würden durchgängig unbeachtet bzw. unbeantwortet gelassen. Des weitern gab Redner das bereits in Nr. 60 des Corr. veröffentlichte Resultat der Delegiertenwahl zum Goutage bekannt. — Bezirksklassierer Meyer unterrichtete die Mitglieder unter Punkt 2 der Tagesordnung vom Stande der Kassenvverhältnisse pro 1. Quartal 1897. Wir entnehmen demselben, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Haupt- und Goutasse mit 1534,58 Mk. balanzieren; daar an den Gauvorstand wurden 690 Mk. abgeandt, während 363,63 Mk. als Vorfuß zurückbehalten wurden. Die Bezirksklasse schließt mit einem Ueberfluß von 6,99 Mk. Ende 1. Quartal ab. Der Mitgliederstand ist erfreulicherweise von 76 auf 84 gestiegen. Mit dem Verlesen der Resonanzen, womit man in der Bonner Bezirksversammlung den Anfang gemacht hatte, ist ein kleiner Erfolg gezeitigt worden, trotzdem „prangten“ leider wieder 16 Resonanzen mit Reiten von 7 bis 29 Wochen auf der Liste. Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion, gegen die Kollegen Hargas-Koblentz, Wapdorf-Andernach, Salomon-Bondorf, Marx-Poppelsdorf und Schul-Bonn den Ausschluß zu beantragen. Redner Balbus bemerkte, bezugnehmend auf den Kassensbericht, daß selbiger sich in gehöriger Ordnung befunden und nichts zu erinnern sei und beantragte Dechargeerteilung. Einstimmig willfahrte die Versammlung dem Wunsche durch Erheben von den Sätzen. — Punkt 3 der Tagesordnung: Beratung der Anträge zum Goutage, nahm selbstverständlich die längste Zeit für sich in Anspruch. In Rücksicht auf den Raum des Corr. wollen wir aus dieser Debatte nur das wesentlichste und die Bezirksmitglieder am meisten interessierende hervorheben. Bei Punkt 4b der Goutage-Tagesordnung ersuchte Schriftführer Schneider, die Delegierten, für eine bessere materielle Unterstützung zwecks Agitation innerhalb des Bezirks Bonn zu wirken; dieser Sache nehme man sich seitens des Zentral- und Gauvorstandes verschwindend wenig an, trotzdem der Bezirk eine kolossale Ausdehnung hat (von Kreuznach bis Siegen i. W.), abgesehen davon, daß dem kleinen Häuflein Mitglieder etwa 500 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Die ganze Agitation beschränkt sich im Jahr auf 4 Bezirksversammlungen, welche ausnahmslos in den größten Druckerorten des Bezirks togen. Die Kosten hierfür trägt die Bezirkskasse, aus welcher den Mitgliedern auch die Jahreslohn vergütet werden. Damit ist die Bezirkskasse aber, wie die Quartalsabrechnungen ergeben, vollaus erschöpft. Hin und wieder sendet der Gauvorstand einen Reklamen, was wir ja dankend anerkennen, aber die große Anzahl von kleinen Druckerorten entbehrt der wirksamen mündlichen Agitation. Außerdem verlangt der § 15, Absatz 7 des Verbandsstatuts vom Zentralvorstande, „stets für rege Agitation in den einzelnen Mitgliedschaften zu sorgen“. Zu Punkt 5 der Goutage-Tagesordnung stellte sich die Versammlung vollständig auf den Standpunkt der M.-Gladbacher Kollegen, demwärtig also das Anfinnen des Gauvorstandes, die nicht nach dem neuen Tarife zahlenden Druckerorten außerhalb § 2 zu stellen. Die Kardinalfrage und -Erörterung bildete natürlich Punkt 6 betr. Stellungnahme zu den vom Hauptvorstande vollzogenen Ausschüssen der Herausgeber der A.-W. Die Debatte verlief vollkommen lebenschaftslos und war die Versammlung gegen 3 Stimmen der Ansicht, daß die Ausschüsse auf alle Fälle gegen das Statut verstoßen, welches verlangt, daß die in Frage kommenden Mitgliedschaften beim Gauvorstande den Ausschlußantrag zu stellen haben. Die Ansicht, ob mit der Zurücknahme der Ausschüsse auch die A.-W. von der Bildfläche verschwinden müsse, war eine geteilte. — Punkt 9, Antrag Wachen und Kreislauf auf Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse, wurde abgelehnt. — Punkt 10, Antrag des Gauvorstandes: „Der Gauvorstand hat das Recht, bei Streiks usw. eine Extrasteuer bis zu 50 Pf. auszusprechen“, wurde nach erregter Diskussion verworfen. Die Versammlung erklärte, Pflicht des Zentralvorstandes sei es, bei solchen Fällen allgemeine Extrasteuern auszusprechen. — Der Antrag Barmen, die Karrenzeit für Mitglieder, welche ihr fünfzigjähriges Berufsjubiläum gefeiert haben und ununterbrochen 10 Jahre dem Verband angehört haben und hierdurch vom Zahlen der Beiträge befreit sind, auf 25 Jahre festzusetzen, wurde abgelehnt. — Den Antrag des Gauvorstandes, alle zwei Jahre eine Statistik herauszugeben, genehmigte die Versammlung. — Ein weiterer Antrag Barmen, welcher wünscht, daß die Goutage alljährlich und zwar abwechselnd an verschiedenen Orten stattfinden sollen, wurde zwar genehmigt, jedoch statt „alljährlich“ alle zwei Jahre empfohlen. — Ein längerer Antrag Düsseldorf, Unterstützungs-Angelegenheiten betreffend, wurde acceptiert, dagegen ein Antrag Hagen, welcher bezweckt, den zum Gauzuschusse berechtigten Mitgliedern, wenn sie freiwillig abtreten, ein einmaliges Abreißgeld aus der Goutasse zu bewilligen, strikte verworfen, da man den Mitgliedern nicht durch abvolatische Kniffe (?) ihre Rechte beschneiden soll. — Dem Antrage Witten,

„die Diäten auf 5 Mk. festzusetzen“, konnte die Versammlung keinen Beschluß abgeben und beauftragte sie denn auch die Delegierten, für einen Diätenantrag von 7 bis 8 Mk. zu stimmen. — Ein Antrag der Mitgliedschaft Koblenz, den zu einer Uebung eingezogenen Mitgliedern den Gauzuschuß von 3,50 Mk. zu bewilligen, ist leider seitens des Gauvorstandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, hoffentlich kommt die Angelegenheit unter „Verschiedenes“ zur Diskussion. Die Versammlung erklärte sich mit dem Koblenzer Antrag einverstanden. Hiermit war die Beratung der Goutage-Tagesordnung erledigt. Bei allen in diesem Berichte nicht berührten Punkten stellte es die Versammlung den Delegierten anheim, je nach den Umständen ihr Votum abzugeben. — Uebergehend zu Punkt 7 der Bezirksversammlungs-Tagesordnung bestimmte die Mehrzahl der Mitglieder Siegen i. W. als Tagungsort des nächsten Bezirkskongresses. — Unter Punkt „Verschiedenes“ kamen mehrere interne Angelegenheiten zur Sprache, u. a. ritig Kollege Sussone, daß der Bezirk Bonn keinen Antrag zur Gauversammlung betr. Stellungnahme zu § 2 des Statuts eingereicht habe. Kollege Heindinger erwiderte, daß der Gauvorstand im Besitze zweier Proteste seitens des Ortsvereins Bonn sei, und f. B. von Essen aus durch Ritzlar mitgeteilt wurde, daß die Angelegenheit endgültig durch den Goutage geregelt werden solle. — Wenn wir f. B. berichten, daß die Friesenbahnische Buchdruckerei in Vondorf a. Rh. den neuen Tarif anerkannt habe, so müssen wir heute mitteilen, daß dies zwar in Bezug auf Arbeitszeit stimmt, hinsichtlich der Bezahlung (speziell der Ueberstunden) jedoch nicht; hoffentlich gelingt es den dortigen Mitgliedern, auch hier die Lücken auszufüllen, da unter „tarifmäßig“ die Anerkennung des ganzen Tarifs verlangt wird. — Mit einem Hoch auf unsern Verband schloß der Vorsitzende um 5 Uhr nachmittags die Versammlung.

S. Gau Dresden. Im Gesellschaftshause der Stadt Meissen tagte am 23. Mai die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Gaues Dresden. Die Verhandlungen nahmen um 11 Uhr ihren Anfang. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit folgender Delegierten: Willmann, Bernhardt, Schmiedel aus Bautzen; Feine aus Dippoldswalde; Fuß aus Grimma; Egert, Georgewitsch, Schneller aus Pirna; Martin aus Seltschendorf, Krebs aus Stolpen; Keller, Köhler, Leonhardt aus Freiberg; Poppen aus Löbau; Baumgarten aus Posthappel; Hauseneid, Brunis, Schnor, Heinisius, König, Mahnhardt aus Zittau; Hiller aus Ebersbach; Heymann aus Köpchenbroda; Kirsch aus Radebeul; Seidel aus Wurzen; Kaiser aus Großenhain; Gäbler aus Neugersdorf; Darmstädter aus Oschatz; Kummer, Prox, Thieme aus Meissen; Frömter aus Bischofsberda; Albert aus Sebnitz; Reichenbach, Schaffrath, Stöbe, D. v. Uhlmann, Schwalbe, Gällner, Gustav Berger, Baumeister, Rake, Trübenbach, Ruhmann, Schröder, Wegel, Timme, Otto Uhlig, Heinrich Hoppe, Arthur Winkler, Schleicher, Schent, Ebert, Goll, Jul. Richter, Wittner, Bohr, Dupischmann, Schalle und Wabel aus Dresden. Weiter anwesend waren außer dem Gauvorsteher Wendische dessen Stellvertreter Eschrich, der Verwalter Steinbrück, die Resonanten Horn, Warchner, Richter und Keller und in Vertretung des Verbandsvorstandes Kollege Döblin. Den Vorsitz führte der Gauvorsteher. — Eingang der Verhandlungen begrüßte der Vertrauensmann der Mitgliedschaft Meissen, Kollege Thieme, die Erschienenen. Punkt 1 der Tagesordnung (Bewollständigung des Bureaus) wurde dahin erfüllt, daß die Kollegen Schent und Hoppe zu Schriftführern gewählt wurden. Gleichsam die Verhandlungen einleitend gab der Vorsitzende ein kurzes Bild von der Entstehung und dem Verlaufe unserer letzten Tarifbewegung. Die Kollegenschaft kenne den Gang der Verhandlung und sei jedenfalls auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß wir mit der vom Zentralvorstand und den Gauvorstehern eingeschlagenen Taktik am besten gefahren seien. Auch in unserm Gau hat der Tarif guten Boden gefaßt, nur kleinere Geschäfte und solche mit Nichtmitgliedern seien es, welche den Tarif noch nicht anerkannt. Auch die steigenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation wegen des Tarifs berührte der Redner und schloß mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen und Beschlüsse der diesjährigen Hauptversammlung dem Gau Dresden sowie der Organisation im allgemeinen zum Nutzen gereichen möchten. — Zur Vorbereitung des S. Punktes der Tagesordnung (der Goutage wolle die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse beschließen) wurde hierauf eine aus den Kollegen Hauseneid-Zittau, Kummer-Meissen, Georgewitsch-Pirna, Willmann-Bautzen und Köhler-Freiberg bestehende Kommission gewählt. — Nach verschiedenen Bemerkungen betr. die Berichte der Mitgliedschaften sowie die dem Geschäftsberichte beigelegte Statistik über die tariflichen Verhältnisse im Gau wurde auf Antrag des Redners Marschner die Jahresrechnung richtig gesprochen. Zu Punkt 4 (die Entwicklung des Gauvereins) gab der Verwalter Steinbrück der Versammlung ein interessantes Bild von dem Entstehen und dem Wachstum des Gaues Dresden. Das Jahr 1897 sei für denselben ein Jubiläumsjahr; vor 25 Jahren sei der erste Goutage abgehalten und der Gau konstituiert worden. Im Jahr 1867 gehörten dem Verbands Deutscher Buchdrucker in Dresden 146, in 17 anderen Orten 32 Mitglieder an,

1868 waren es 175 in Dresden, 80 in anderen Orten; 1869 befanden sich in Dresden 160, in der Provinz 63 Verbandsmitglieder. Gelegentlich des Johannistages im Jahr 1872 wurde der Gau Dresden gegründet und der erste Goutage abgehalten. Seit dieser Zeit steigerte sich die Mitgliederzahl beständig. Dieselbe betrug im Jahr 1876 343 Mitglieder, 1878 338. In den Jahren 1879 bis 1881, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, wurde dem Gau Dresden die Zugehörigkeit zum Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker unterlagt. Es gab also keinen Gau Dresden mehr und dessen Mitglieder schlossen sich dem Dresdener Buchdruckerverein an. Erst 1881 im Juni wurde die Genehmigung zum Anschluß an den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker seitens des Ministeriums wieder erteilt und infolgedessen der Gau Dresden neu konstituiert. Es gehörten dem Dresdener Buchdruckerverein einschl. der Auswärtigen 1878 338 Kollegen an, 1880 waren es 389. Der neu gegründete Gau zählte 1883 540 Mitglieder, 1885 701, 1886 677, 1887 651, 1888 697, 1890 848, 1891 845, 1892 722, 1893 829, 1894 879, 1895 975 und 1896 erreichte der Gau nicht allein 1000, sondern weit darüber, nämlich 1102 Mitglieder. Das Verhältnis der Organisierten zu den Nichtorganisierten kann sich auf etwa 75 Pro. stellen. — Der Corr. zählte im zweiten Quartal 1897 39 Abonnenten (auf 7 Mitglieder 1 Exemplar), 1896 sind es deren 527 (auf 2 Mitglieder 1 Exemplar). — Auch das Krankenwesen innerhalb der Organisation berührte Redner eingehend. — Betreffs der Unterstützung der Invaliden brachte Redner ebenfalls interessante Daten zum Vortrag. — Interessant waren weiter des Referenten Mitteilungen über die Arbeitslosenunterstützung, dem jüngsten Zweige der Organisation. Eine Urabstimmung im Jahr 1876 verwarf noch das Projekt einer solchen Unterstützung. Doch auf der ersten Generalversammlung des Unterstützungsvereins zu Hannover im Jahr 1879 wurde die Errichtung der Konditionlosenkasse beschlossen; heute bildet sie den wichtigsten Bestandteil der Organisation. Der Gau Dresden schloß sich mit dem 1. Januar 1894 eine Gauzuschusse, deren Ausgaben neben denen der Zentralorganisation 1894 3609,50 Mk., 1895 4956,50 Mk., 1896 5716,50 Mk. betragen. — Hierauf ging Redner zur Erwähnung der verschiedenen Kassengründungen, welche zur Verminderung der Organisation geplant wurden, über. Eine vollständig untergeordnete Rolle bilde der Guttenbergbund, der in Dresden gar keine, im Gau nur vereinzelt einige Mitglieder besitze. Auch die Prinzipalsklasse mit ihren Unterstützungsgruppen verurteilte nicht den geringsten Schaden. Die Zahl der Mitglieder derselben dürste die Ziffer 20 wohl kaum überschreiten und diese Kollegen befinden sich meistens in festen Stellungen, bilden also für unsere Konditionlosen keine Konkurrenz. Durch irgend welche Maßnahmen gegen dieselbe würden wir der Kasse eine Bedeutung zuweisen, welche sie gar nicht verdient. — Hierauf kam Redner auf das wichtigste Gebiet uners gernerlichen Lebens, den Tarif und dessen Einführung und Erhaltung im Gau Dresden zu sprechen. Die wichtigen Tarifjahre 1873 und 1886 seien im Gau Dresden ohne große Bewegung vorübergegangen. Nur am Kampf 1891/92 hätten wir in hervorragender Weise teilgenommen. Wenn auch der damalige Zustand ohne Erfolg geendet habe, so sei doch die halbziindige Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Minimums wesentlich eine Errungenschaft dieses Kampfes. Freilich einen Zustand der absoluten Durchführung des Tarifs würden wir wohl nie erreichen. Dadurch werde aber der Wert des Tarifs nicht geringer. Wie weit der neue Tarif innerhalb des Gaues Eingang gefunden, zeige die dem Geschäftsbericht angelegte Statistik. Auf einen Uebelstand glaube Redner besonders aufmerksam machen zu müssen, es betriffe den § 33 des Tarifs, der vorschreibt, daß nur Ausgelernte, welche unter fünf Jahren gelernt, unter dem Minimum entlohnt werden dürfen. Hiergegen werde besonders in Dresden, sogar von namhaften Geschäften verstoßen. Gegen diesen Verstoß würden natürlich Schritte unternommen werden. Die effektiv neunstündige Arbeitszeit hatten 1891 2 Druckerorten mit 4 Gehilfen, 1894 6 mit 30 Gehilfen, 1896 86 mit 1062 Gehilfen. In diesem Fortschritte charakterisiere sich gewiß recht treffend der begangene „Verrat an der Organisation“. Das Hauptantragsfeld der sogenannten Opposition sei die Tarifgemeinschaft. Tarif und Tarifgemeinschaft bildeten aber untrennbare Begriffe. Der Vorteil derselben bestehe darin, daß die tarifstreuen Prinzipale den Tarif nicht nur deshalb zahlen, weil sie von ihren Gehilfen momentan dazu gezwungen werden, sondern daß sie ein Interesse für die allgemeine Ein- und Durchführung bekommen. Wo die Arbeiter verstanden hätten, sich ein Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen, da hätten sie auch einen vereinbarten Tarif, so die Steinemein, Töpfer, Studateure. Redner streifte auch den denkwürdigen Beschluß des Leipziger Kartells. Haltlos sei die Behauptung, daß durch die Tarifgemeinschaft die Organisation gefährdet sei, denn derjenige Gehilfe, welcher auf grund des Tarifs von seinem Prinzipale die Anerkennung desselben fordere, werde sich auch bewußt sein, daß er dies der Kraft seiner Organisation zu verdanken habe und er werde wissen, was er derselben schuldig ist. Eine Verleumdung sei es weiter, wenn man die Buchdrucker von gewisser Seite als Hirsch-Dunderianer bezeichne. Nie seien dies die Buchdrucker gewesen. Die geführten Kämpfe seien der beste Beweis. War der jüngst geführte Kampf in Rheinland-Westfalen etwa auch ein Ausfluß der behaupteten Harmonie mit den Prinzipalen?

Und was schrieb derjenige Mann, der am meisten gegen den jetzigen Tarif wütete, als die Kollegen des genannten Gaus ihre Gedanken über die Lohnverhältnisse beiseite zu lassen und sich nach tariflichen Verhältnissen nicht Folge zu leisten, sich nicht als Schlachtopfer gebrauchen zu lassen. Niedriger sei die Behauptung zu hängen, daß der Zentralvorstand und die Verbandsfunktionäre wie Gesellenvertreter von Leuten gelenkt würden, welche außerhalb der Organisation ständen. Wie stände es bei Herrn Gash? Wer lenke dessen Sinn? Durch den einberufenen Kongress der Tarifgemeinschaftsgegner werde offensichtlich Klarheit werden. Er sei der Meinung, daß diejenigen Kollegen, welche an diesem Kongresse teilnehmen, der jedenfalls als Konsequenz der bisher gescheiterten Unternehmungen der Opposition die Gründung einer gesonderten Organisation vornehme, kein Interesse mehr an unserer Organisation hätten. Mit den Worten: „Wir werden langsam und bedächtig vorwärts schreiten, aber doch vorwärts“ schloß Kollege Steinbrück sein interessantes Referat. — Als erster Redner und zugleich Gegner der Tarifgemeinschaft sprach hierauf Kollege Seidel-Wurzen. Er trat für eine anständige sachgemäße Opposition ein. Ihm habe der Ausgang des 1891/92er Streits die Ueberzeugung beigebracht, daß wir mit der Tarifgemeinschaft nicht gut fahren würden und sei er deshalb Gegner derselben. Redner berührte die Äußerungen des Kollegen Nibel (Leipzig) nach dem Streit, wonach die Tarifgemeinschaft als begraben gelten sollte. Heute habe man sie in verböhrter Weise wieder geschaffen. In der Angst vor der Stärke der Gewerkschaft hätten die Prinzipale wohl die halbständige Verkürzung der Arbeitszeit bemittelt, doch ob nach Verlauf der fünf Jahre der Neunhunderttag komme, das sei die Frage. Die Prinzipale hätten eine gewisse Voreingenommenheit gegen jede weitere Verkürzung. Seine Gewerkschaft resultiere hauptsächlich aus der Form der Tarifgemeinschaft und der langen Kündigungszeit des Tarifs. Redner erklärte weiter, daß er mit dem Lager der sogenannten Opposition nichts zu thun habe. Es sei seine eigene Meinung, welche er bezüglich des Tarifs habe und wisse er auch nicht, wer in Wurzen hinter ihm stehe. — Dem Redner trat hierauf Kollege Döblin in längerer trefflicher Weise entgegen. Derselbe wünschte, Kollege Seidel möchte doch einmal angeben, was man, wenn die jetzigen Ertragsverhältnisse abgelehnt worden wären, an deren Stelle setzen wolle. Das was er (Seidel) vorgebracht, lese man in jeder Nummer der B. W. und jedem Flugblatte der Opposition. Wenn Kollege Seidel behauptet, man hätte die Begeisterung der Kollegen benutzen sollen und dafür die Leipziger Versammlung als Beweis anführt, so entgegne er ihm, daß der Grund der Begeisterung der Kollegen wohl hauptsächlich der gewesen, daß sich dieselben vorgenommen, endlich einmal aus der unwürdigen Lage, in die man nach dem Streit gelangt, herauszukommen. Redner verlas eine Notiz aus dem Corr. von dem früheren Redakteur, worin derselbe erklärt, daß sich die Gewerkschaft wohl einige Jahre mit der neunehalbständigen Arbeitszeit begnügen würden. Also noch vor kaum mehr als einem Jahre vertrat der Vater der Opposition die Ansicht, daß man nach einer gewählten Forderung eine gewisse Ruhezeit eintreten lassen müsse. Dätte Gash den Ausgang seiner Agitation geahnt, so würde er heute jedenfalls der eifrigste Verfechter der Tarifgemeinschaft sein. (Beifall). Entgegen dem Kollegen Seidel, welcher die vierteljährliche Kündigung des Tarifs bemängelt, führt Redner ein Beispiel von den Maurern an. Dieselben berieten auf ihrem Kongresse jezt schon, welche Forderungen sie im nächsten Frühjahr stellen wollen. Der immerwährende Kampfstandpunkt gegenüber den Prinzipalen sei ein Unfinn, die Arbeiter seien es nur, welche hieraus die Nachteile zögen. Wenn besonders von einigen Kollegen behauptet werde, daß die Arbeitszeitverkürzung zu gering sei, so habe er ein treffendes Beispiel, wie unfinnig und wenig berechtigt dies sei. Die Statistik des Leipziger Maschinenmeiſtervereins ergebe, daß allein 20 Kollegen in einer Druckerei während des verfloffenen Jahres 12000 Ueberstunden gemacht und 21 Kollegen noch Zurichtungen zu Hause besorgt haben. Redner ging hierauf auf die Bekämpfung der tariflichen Ertragsverhältnisse seitens eines Teiles der Arbeiterpresse über. Es sei bezeichnend, daß es gerade ehemalige Kollegen sind, welche mit Vorliebe alles Mögliche in dieser Beziehung leisten, oft genüge auch schon die Kondition in einem Arbeiterblatt, um alles herunterzureißen. Wir wollen mit den Thatsachen rechnen und uns nicht mit Phrasen abfinden. Durch die halbständige Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes ist in Deutschland über 1 Million mehr an Löhnen gezahlt worden; dies ist praktische Bekämpfung des Kapitalismus und alle schönen Resolutionen ändern an der Lage der Dinge nichts. Ich habe, erklärte Redner am Schluß, auf Grund der Erfahrungen und im Verlaufe der Vorkommnisse der letzten Zeit die ehrliche Ueberzeugung gewonnen, daß wir nichts besseres als die Schaffung des Tarifs mit der Tarifgemeinschaft thun konnten (Beifall). Nachdem die Kollegen Reichendach, Schaffraht, Uhlig, Helne-Dippoldswalde, Baumann-Waagen, Egert-Pfena, Richter-Dresden und Schalle-Birna für den Tarif und die Tarifgemeinschaft, die Kollegen Seidel-Wurzen und Heinsius-Bittau dagegen gesprochen, erhielt Kollege Steinbrück das Schlusswort und zerstreute kurz die gemachten Einwendungen der Gegner. — Der Vorsitzende schloß hierauf die Bemerkung ein,

daß Kollege Uhlmann-Dresden bereits vor 25 Jahren dem Goutage betgewohnt, und wünschte, daß derselbe noch recht oft daran teilnehmen möge. — Hierauf folgte Punkt 5 (Antrag der Mitgliedschaften Bittau und Wurzen, „Die vom Verbandsvorstande gegen Gash und Genossen vollzogenen Ausschüsse sind, weil statutenwidrig, rückgängig zu machen“) und begründete Kollege Heinsius-Bittau den gestellten Antrag. Er betrachtete die Ausschüsse als statutenwidrig, nicht durch den Gauvorstand oder die Mitgliedschaften sei der Antrag auf Ausschluß gestellt worden, sondern der Verbandsvorstand habe eigenmächtig gehandelt. Nehme man die Ausschüsse zurück, so verschwinde auch jedenfalls der Hauptanlaß zu dem jetzigen Streite. Kollege Ebert-Dresden gab eine kurze Erklärung seiner sowie der Stellung der Dresdener Delegierten zu diesem Antrag. Er erkenne die Gash'sche Opposition als ungeheuer und schädlich an für den Verband. Die Ausgeschlossenen hätten gegen die Interessen der Organisation und gegen das Statut verstoßen und verdienten so den Ausschluß. Im Uebrigen hielt er jedes Wort über den Antrag für überflüssig und verlangte unbedingte Abweisung desselben. — Kollege Döblin gab vorerst die Versicherung ab, daß es ihm nicht lieb sei, auf diese Sache einzugehen. Nicht wegen der Gründung der B. W. seien die Kollegen ausgeschlossen worden, sondern wegen des die Organisation bekämpfenden Programms derselben. Diese Herren seien angegangen worden, ihre zerstreute Thätigkeit einzustellen, hätten dies aber verweigert, worauf die Bevollmächtigten den Antrag auf Ausschluß gestellt. Erst dann habe der Zentralvorstand die Ausschüsse vorgenommen. Das Bestreben der Ausgeschlossenen gehe dahin, wieder in den Verband hereinzukommen, um hier ihre unheilvolle Thätigkeit besser fortsetzen zu können. Eingehend auf die Kampfesweise Gash's verlas Redner einige Stellen aus der Nacht, welche in gemeiner Weise den Zentralvorstand, die Verbandsfunktionäre im Allgemeinen und weitere Kreise auf das schimpflichste beleidigte. Er habe die Meinung, daß Gash gar nicht wieder Mitglied werden wolle, denn in der B. W. schreibe er, daß sich ein „aufrechtgehender Arbeiter der Mitgliedschaft bei diesem heruntergewürdigten Vereine schämen müsse“. Ein Unfinn sei es, wenn in dem Oppositionsorgan geschrieben wird, wir müssen kämpfen, um aus verlorenen Kämpfen zu lernen. Wir haben aus dem einen verlorenen Streit genug gelernt und danach unsere jetzige Taktik gewählt. Allerdings müsse Leipzig ja stets einen Sonderstandpunkt einnehmen. Charakteristisch sei es, daß die meisten Tarifgegner erklärten, nichts mit Gash zu thun zu haben, aber sein Ausschluß diene doch als vortreffliches Agitationsmittel. Derjenige Mann, der auf der Generalversammlung selbst auch von den Kollegen seines Amtes entsetzt wurde, die auf sein Programm gewählt worden, sei allerdings gerade gut genug, um das Blatt der Opposition zu leiten. Er habe die Ueberzeugung, daß die Opposition Gash, wenn sie an die Spitze gekommen, in einem Vierteljahre mehr heruntergebracht hätte als wir in Jahrzehnten aufgebaut. Für derartige Elemente sei kein Platz in der Organisation. Unter lebhaftem Beifalle schloß der Redner. — Zwei auf Schluß der Debatte gestellte Anträge wurden angenommen. Willmann-Waagen sprach für, Schnor-Bittau gegen denselben. Als Antragsteller erhielt das Schlusswort Heinsius-Bittau. Derselbe erklärte, daß was Gash und Genossen gethan, sei ihm gleichgültig, für ihn komme das Statutenwidrige der Ausschüsse in Betracht. — Verächtlich erklärte Kollege Döblin, daß die Ausschüsse auch gemäß § 24 des Statuts erfolgt seien, welcher Paragraph die Funktionen der Mitgliedschaften dem Zentralvorstand überträgt. — Der Antrag Bittau-Wurzen wurde hierauf mit 57 gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Es folgte Punkt 6 (Beratung des Gaustatuts nach dem Entwurfe des Gauvorstandes). Die Versammlung beschloß, sofort bei der Beratung des § 8 zu beginnen, da die vorhergehenden nichts Neues enthielten. Nachdem das Für und Wider erwogen und Kollege Döblin die Erklärung abgegeben, daß der Zentralvorstand sich in der Frage der Gauausschüsse dahin schlüssig geworden, der nächsten General-Versammlung vorzuschlagen, die Unterstützung zu erhöhen und die Beiträge aus der Verbandskasse zu leisten, welche Mitteilung freudig angenommen wurde, gelangte § 8 unverändert nach dem Entwurfe zur Annahme, wonach arbeitslose Mitglieder pro Tag (nicht wie jezt pro Arbeitstag) 50 Pf. Zuschuß erhalten. Eine längere, zum Teile lebhafteste Debatte rief § 9, der die Unterstützung im Krankheitsfalle regelt, hervor. Schließlich, nachdem verschiedene Anträge gefallen waren, da sie Zweidrittel-Mehrheit nicht erreichten, gelangte ein Antrag Timme und Genossen zur Annahme, wonach im Krankheitsfalle eine Unterstützung von 2,80 Mk. pro Woche gezahlt wird. Zu § 10 (Krankenunterstützung nach der Ausweisung in den Orts-, Innungs- oder Gemeindefrankenkassen) beschloß die Versammlung, eine Unterstützung von 1,30 Mk. (9,10 Mk. pro Woche) zu zahlen, allerdings auf Antrag des Kollegen Uhlig-Dresden nach einer Rarenzzeit von 26 Wochen. Zu den weiteren Paragraphen wurden Anträge nicht gestellt. Beschlossen wurde nachträglich auf Befürwortung des Kollegen Steinbrück, eine Festlegung des Beitrages im Statut von 30 Pf. pro Woche vorzunehmen, ebenso in § 8, vorletztem Absatz, das Wörtchen „tarifmäßige“ vor Kondition einzuschlagen. Die Gesamtabstimmung über den Entwurf ergab mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen dessen Annahme. — Bezüglich des siebenten

Punktes (Besprechung und Beschlussfassung über eine Remuneration an die Mitgliedschaften) nahm der Gau-tag den von der Mitgliedschaft Freiberg gestellten Antrag an, wonach die Mitgliedschaften bei Ableferung von 251—500 Beiträgen 5 Mk., von 501—1000 Beiträgen 10 Mk., von 1001—1500 Beiträgen 15 Mk., von 1501—2000 Beiträgen 20 Mk., von 2001—3000 Beiträgen 25 Mk., von über 3000 Beiträgen 30 Mk. aus der Goutasse überweisen werden. Zu Punkt 8: Der Gau-tag wolle die Errichtung einer Witwen- und Waisen-kasse beschließen, unterbreite die Kommission folgenden Antrag: „Der Gauvorstand möge Mittel und Wege finden, damit die Provinz auch in den Genuss dieses Kasenzweiges gelangt und dem nächsten Goutage bestimmte Vorschläge unterbreite. Die gewählte Kommission wird in Permanenz erklärt; der Gauvorstand mag dieselbe zu einigen Sitzungen zusammenberufen.“ Nach einer kurzen Debatte, in welcher auch Kollege Döblin vor übertriebenen Hoffnungen bezüglich dieses Kasenzweiges gewarnt, lehnte die Versammlung den Antrag der Kommission ab. Hiermit fielen auch die Anträge Bittau und Waagen. — Bei Punkt 9: Stellungnahme zur Abhaltung eines dritten Sachentages, beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte und einer Erklärung des Vorsitzenden, eine Exkursion nach Leipzig stattfinden zu lassen, an der jeder Kollege teilnehmen könne. Punkt 10: Abänderung und Ausbau der Agitationsbezirke, gab zu einer Debatte keinen Anlaß und wurde dem Vorstande zur Regelung überlassen. — Bei Punkt 10: Besprechung und Beschlussfassung über Telefonanschluss für den Verwalter, gelangte die Versammlung nach kurzer Erläuterung des Vorsitzenden zu der Ueberzeugung, daß der Anschluss eine Notwendigkeit sei und beschloß demgemäß. — Die Punkte 12: Feststellung der Remuneration für den Vorstand und die Revisoren, und 11: Feststellung des Verwaltergehaltes, wurden auf Antrag zugleich verhandelt und ging ein Antrag dahingehend ein, dem ersten Vorsitzenden 200 Mk. (gegen 150 Mk. im Vorjahre), dem Stellvertreter 50, den Revisoren 120, dem Verwalter 1550 Mark (gegen 1400 im Vorjahre) zu zahlen. Nach kurzer Debatte und Befürwortung der bezüglichen Personen, namentlich auch seitens einiger Vorstandsperſonen und Revisoren, beschloß die Versammlung demgemäß. — Punkt 14: Die Beschlussfassung über die Höhe der Mieten an die Delegierten, wurde, auf Antrag Schmiedel-Waagen, dahin erledigt, 4 Mk. zu zahlen. Die kleine Erhöhung gegenüber anderen Jahren fand jedoch auch Gegner, wenn auch nicht prinzipielle. — Zu Punkt 15: Vorschläge zur Wahl des Gauvorstandes, beschloß die Versammlung einstimmig, den bisherigen Vorstand zur Wahl zu empfehlen. — Punkt 16: Wahl des Ortes für die nächste Hauptversammlung, wurde dahingehend geregelt, den nächsten Goutag in Dresden stattfinden zu lassen. — Beim letzten Punkte der Tagesordnung: Etwalge Refurse usw., hatte keiner der Delegierten etwas vorzubringen, doch forderte der Vorsitzende auf, zu Ehren der verstorbenen 16 Kollegen im Gau sich den Eichen zu erheben. Die Versammlung kam diesem Wunsche nach. — Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden und Verlesung des Protokolls wurde gegen 1/8 Uhr abends die Hauptversammlung geschlossen. — Der Abend vereinigte die auswärtigen Delegierten mit den Weiskner Kollegen und deren Damen zu einem recht gelungenen Kommerse. Der Dresdener Buchdrucker-Gesellschaft wurde durch eine stattliche Anzahl seiner besten Sänger vertreten, die am Nachmittag noch nach Weisken geist, und bot wie immer recht Gelungenes. Allgemeine Gesänge — deren Verfasser nur Weiskner Kollegen — und Ansprachen wechselten in reicher Folge ab und ein Tanzchen bildete den Abschluss.

Ergebnisse-Vorstand. Der diesjährige Goutag fand am Sonntag, den 16. Mai, im Saale der Börse zu Chemnitz statt. Anwesend waren 35 Delegierte aus 37 Druckorten, welche 437 Mitglieder zu vertreten hatten. Außerdem waren erschienen: Kollege Effler-Berlin und eine große Anzahl Mitglieder aus Chemnitz. — Nachdem der Vorsitzende der Mitgliedschaft Chemnitz, Kollege Fische, die Erschienenen begrüßt hatte, eröffnete 1/11 Uhr Gauvorsteher Stoy den Goutag mit dem Wunsche, daß die hier gefassten Beschlüsse segensreich für den Verband wirken möchten. Alsdann gedachte er in pietätvollen Worten des in diesem Jahre verstorbenen Kollegen Karl Schleicher. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Eichen. — Die übliche Geschäftsordnung für den Goutag wurde wieder beibehalten und nur die Redezeit von 5 auf 10 Minuten verlängert. — 1. Der Jahresbericht über den Stand des Gewerks und 2. die Jahresrechnung lagen gedruckt vor und wurden Einwendungen hiergegen nicht gemacht. Das Vermögen der Goutasse betrug am 31. Dezember 1896 2695,79 Mk. gegen 3278,96 im Vorjahre. Konditionslos waren 205 Mitglieder 6057 Tage und 140 Mitglieder 2560 Tage krank. Eingetreten sind 199, zugereist 197, vom Militär 4 Mitglieder, während 245 abgereist sind, 14 zum Militär gingen, 30 austraten und 27 Mitglieder ausgeschlossen wurden. — 3. Beiträge und Remuneration für die Verwaltung blieben unverändert. — 4. Als Summe für außerordentliche Unterstützungen wurde dem Gauvorstande wiederholt das gesamte Vermögen zur Verfügung gestellt. — 5. Die Prüfung der Mandate ergab, daß alle 35 anerkannt wurden. Zwei Delegierte, welche 18 Mitglieder in den Orten Borna, Groißsch, Rochlitz, Waldheim und Penz vertreten sollten, fehlten unentschuldig. — 6. Antrag I. Zwidau: „Die

vom Zentralvorstande gegen die Oppositionsangehörigen vollzogenen Ausschüsse sind, weil statutenwidrig, rückgängig zu machen, da nur hierdurch die für die geachtete Fortentwicklung der Organisation so notwendige Einigung erzielt werden kann", und Antrag I Verbaue: „Die Mitgliedschaft Verbaue erachtet den Gantag, für Mitgliedgewinnung der Ausschüsse zu wirken, damit der Persönlichkeitsverlust unserer Verbände ein Ziel gesetzt werde“, wurden gleichzeitig zur Diskussion gestellt. Es entspann sich ungefähre folgende Debatte: Krasser-Zwidau stellte sich auf den Rechtsstandpunkt des Statuts. Er meinte, es hätten nur Mitglieder das Recht, einen Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes zu stellen, und zog die Befanntmachung an, die s. B. im Corr. zu lesen war, wodurch der Zentralvorstand über seine Befugnisse gegangen sei. Das letzte Recht über den Ausschluß müsse der Mitgliedschaft überlassen werden. Im weiteren erinnerte Redner an einen Bericht im Corr., in welchem der Zwidauer Mitgliedschaft imputiert werde, sie betrachte die Einführung des Tarifs als Nebenfrage. Hiergegen verwarnte sich Krasser und führte den Jahresbericht 1896 an, welcher das Gegenteil beweise. Die Entstehung der Opposition sei zum Teile der Taktik unserer Führer zu verdanken, was durch die so weit hinausgehenden Tarifverhandlungen begründet würde. Ruhe und Frieden wäre sofort in der Organisation, wenn man die Ausschüsse zurücknehme. Kollege Eißler-Berlin: Aus der Begründung des Antrages entnehme Redner, als ob bei dem Antragsteller sich selbst das Empfinden geltend mache, daß nach den Ereignissen der letzten Wochen es schwer falle, die erfolgten Ausschüsse als zu unrecht gesehen hinzustellen. Man klammere sich lediglich noch an den Wortlaut eines Statutparagrafen, der in diesem Falle gar nicht in Betracht kommen könne. Es handle sich hier nicht um das Interesse einer einzelnen Mitgliedschaft, sondern darum, die Gesamtorganisation vor tiefgehenden Schädigungen zu bewahren und den Beschlüssen unserer höchsten Instanz, der Generalversammlung, die gebührende Achtung zu verschaffen. Das könne man aber dem Ermessen einer einzelnen Mitgliedschaft nicht überlassen. Redner schiederte nun in längeren Ausführungen die Ursachen der vollzogenen Ausschüsse und die Kampfesweise der Gasse und Genossen, die jede Sachlichkeit vermissen ließe und in persönliche und geistliche Beschimpfungen ausarte. Die Stellungnahme der B.-W. zu dem Vorgehen auf tariflichem Gebiete seiens der Gehilfen Kleinand-Wesfalens zeige ebenfalls deutlich, daß es der Opposition Gasseicher Oberzahl nicht darum zu tun sei, die wirtschaftliche Lage der Gehilfen zu verbessern, sondern diese nur als Spielball zur Erfüllung ihrer egoistischen dunklen Pläne zu benutzen. Durch die letzten Ereignisse, zu denen sich leider das Leipziger Gewerkschaftskartell mißbrauchen ließ, sei für die Kollegen die genügende Klarheit geschaffen und die Frage der Ausschüsse unüberwindlich geworden. Redner ersuchte daher die Vertreter der Antragsteller, die vorliegenden Anträge zurückzuziehen oder, wenn nicht, die Delegierten, über dieselben zur Tagesordnung überzugeben. Kollege Vianenburg-Gemnitz ist der Ansicht, daß die Ausgeschlossenen gar nicht in Rede gezogen werden möchten, denn die Mitglieder hätten sich auf den Boden der Generalversammlung zu stellen, was dieselben nicht gethan. Es werde auch nicht besser werden, wenn die Ausschüsse zurückgenommen würden. Er bat deshalb, nach den Ausführungen des Kollegen Eißlers die Anträge abzulehnen. Kollege Müller-Bocka bemerkte, daß die Zwidauer volle Gewerkschaftsmitglieder seien, der Rechtsboden würde verlassen, wenn die Anträge abgelehnt würden. Die Zwidauer hätten sich den Beschlüssen der Generalversammlung gefügt, aber der Zentralvorstand habe den § 5 mißbraucht. Kollege Müller-Zwidau meinte, daß Verhalten der Zwidauer Mitglieder sei so, daß ihnen niemand den Vorwurf machen könne, man hätte sich nicht gefügt. Auch hob er hervor, daß der Redakteur des Corr. nur Artikel aufnehme, die in seinem Sinne lauten; anderns geschriebene erschienen nicht. Redner stellte sich im übrigen auf den Standpunkt seines Vorredners und empfahl die Anträge zur Annahme. Kollege Brenzel-Plauen: Für uns hätte sich der Antrag sehr schnell erledigen können, da wir uns Alle klar darüber sind. Er bekannte sich als einer derjenigen, die den außerordentlichen Gantag, der sich mit den Ausschüssen beschäftigten sollte, hintertrieben haben und zwar aus finanziellen Rücksichten. Es habe auf demselben auch nur leeres Stroh gedroschen werden können, wozu es heute auch noch Zeit sei. Wenn der Ausschluß zurückgenommen werde, so solle Zrimser, um den es sich ja in der Hauptsache bei uns handle, von der B.-W. zurücktreten. Er bat, die Anträge zu verwerfen. Carstens-Crimmitschau schloß sich diesem an. Inzwischen ging folgender Antrag ein: Wir beantragen, daß, wenn die ausgeschlossenen Mitglieder (ausschließlich Gasse) ihre zersetzende Tätigkeit gegen den Verband lassen und dies öffentlich erklären, so sollen dieselben wieder als Mitglieder betrachtet werden. Sillen, Hilpmann-Greis: Dieser Antrag wurde mit zur Debatte gestellt. Kollege Krasser-Zwidau erläuterte nochmals in eingehender Weise seinen Standpunkt und wiederholte, es werde sofort Frieden werden, wenn die Ausschüsse zurückgenommen würden. Auch die Leipziger Kollegen seien gegen die Ausschüsse. Ferner warf er dem Zentralvorstand vor, er habe den Ausdruck „bessere“ Mitglieder gebraucht. Dies wurde vom Zentralvorstand energisch zurückgewiesen. Kollege Schwarz-Plauen sprach sich gegen die Anträge aus. Für unsere Sache sei Gasse

vollständig unfähig. Es sei zu bedauern, daß hierüber schon so viel Zeit verschwendet worden wäre. Kollege Kraft-Gemnitz (schriftlich): „Beanträge über die Anträge Zwidau und Verbaue zur Tagesordnung überzugehen“. Der Antrag fand genügend Unterstützung. Es hatte noch ein Redner für und einer gegen denselben zu sprechen. Kollege Beyer-Gemnitz: Hierzu zu den Ausschüssen laße sich fast nichts mehr sagen, es sei schon alles bis aufs kleinste zerlegt. Jedem aufrichtig denkenden Kollegen sei klar, daß wir Gasse auf keinen Fall wieder in unsere Reihen aufnehmen könnten. Er sei höchstens lächelnd zu bedauern. Auch Zrimser-Zwidau behandle, seitdem er Geschäftsführer wurde, seine Kollegen ganz anders als früher. Kollege Krasser-Zwidau wunderte sich, daß Kollege Beyer durch das Verhalten Zrimser die Zwidauer veranlassen wolle, gegen ihren Antrag zu stimmen. Die Abstimmung über den Antrag Kraft, Übergang zur Tagesordnung betreffend, ergab die Annahme desselben mit 21 gegen 9 Stimmen. (Zatige Berichtigungen: Gegen Kollegen Müller-Zwidau: „Zu Corr. kommt jede sachlich gehaltene Erörterung zur Aufnahme. Beweis: Corr. selbst. Wenn Redakteur Redhäuser persönlich beschimpfende Artikel zurückweist, so ist dies vorerst gebührend, kein anwesender Delegierter würde an seiner Stelle anders handeln. Eißler.“ Gegen Kollegen Krasser-Zwidau: „Leipziger Mitglieder haben in einer Versammlung erklärt, daß sie die Ausschüsse von Gasse und Genossen als richtig anerkennen. Eißler.“ „Die von mir angeführte Äußerung, betreffend „bessere“ Mitglieder, ist nicht vom Zentralvorstande gethan, sondern von einem Zwidauer Mitglied in einer Versammlung, wo Gassevorfesher Stoy anwesend war. Krasser.“) — Antrag II, Zwidau: „Der Gau Erzgebirge-Bogland wird in Bezirke eingeteilt. Die Ausarbeitung eines Reglements sowie die Abgrenzung der Bezirke bleibt dem Gantag überlassen.“ Fast alle Redner waren mit der Einteilung in Bezirke voll und ganz einverstanden. Da sich aber außer in Zwidau keine Personen fanden, welche die hierdurch sich notwendig machenden Vorstandämter übernehmen würden, so mußte es beim Alten bleiben. — Antrag III, Zwidau: „Beschlussefassung darüber, daß ein jedes Verbandsmitglied den bestehenden Ortsvereinen angehören muß.“ In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß aus der Zwidauer Ortskasse einmal Geld zur Unterstützung der B.-W. verausgabt wurde, womit sich einige Mitglieder nicht einverstanden erklären konnten. Unter diesen Umständen wurde es diesen freigestellt, zur Ortskasse zu steuern. Da man aber annahm, daß die Gelder nicht wieder zu gegnerischen Zwecken verwendet würden, so wurde der Antrag angenommen. — Antrag IV, Zwidau: „Die Maschinenmeisterfrage.“ Hierzu wurde bemerkt, daß die Maschinenmeister bei Tarifberatungen immer als Nebenbrodel betrachtet worden seien, man luche ihnen immer mehr Arbeit aufzubürden und der Tarif schütze sie dagegen nicht, während für die Seper alles festgelegt sei. Auch die Hausarbeit bei den Maschinenmeistern wurde bemängelt. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit dem Zentralvorstande zur weiteren Erörterung zu überweisen und zu dem in nächster Zeit stattfindenden Maschinenmeisterkongreß einen Delegierten aus dem Gau zu entsenden. Die Kosten hierfür wird, da kein Maschinenmeisterverein besteht, die Gantafse übernehmen. — Antrag II, Verbaue: „Unterzeichneter beantragt, wie es in vielen Gauen geschehen ist, daß auch in unserm Gau Erzgebirge-Bogland eine Witwenkasse eingeführt wird. Frank.“ Einestheils war man dafür, dies der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten, andernteils aber der Ansicht, daß Versicherungsgesellschaften günstigere Bedingungen für unsere Mitglieder böten als dies der Gau oder der Verband könne und so wurde die Witwenkasse abgelehnt. — 7. Zu Tarifangelegenheiten lag folgender Antrag vor: „Der Gantag resp. Gauvorstand wolle einen Termin festsetzen, bis zu welchem sich alle in tarifirenden Geschäften arbeitenden Verbandsmitglieder des 1896er Tarifs zu versichern haben. Mitgliedschaft Verbaue.“ Hierzu gab Kollege Eißler-Berlin bekannt, daß vom Zentralvorstande bestimmte Direktiven in dieser Angelegenheit gegeben würden, wodurch der Antrag als erledigt betrachtet wurde. — 8. Beratung des 21. Gantagreglements. Die §§ 1 bis 11, 13 und 15 bis 21 blieben unverändert. Bei § 9 wurde gewünscht, den Gauvorfesher durch die Delegierten des Gantages zu wählen, was man aber wieder fallen ließ. § 12, f. Zeile 3, Konditionslosenzusatz betreffend, wurde die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen erhöht, weil die Gantafse für die Dauer die vielen Ausgaben durch die niedrige Karenzzeit ohne Steuererhöhung nicht zu leisten vermag. Zu § 14 lagen folgende Anträge vor: „Dem § 14 des Gantagreglements ist folgende Fassung zu geben: Der Gantag, gebildet aus Delegierten der einzelnen Mitgliedschaften, findet nach Bedürfnis alljährlich statt. Außerordentliche Gantage finden statt, wenn 50 Mitglieder dies beantragen oder der Gauvorstand es für nötig hält. Außerdem können 30 Mitglieder Anträge auf Einleitung des Referendums oder der Initiative stellen. Bei der Abstimmung in diesen Fällen ist Zweidrittelmehrheit erforderlich.“ Mitglieder in Zwidau: „Dem § 14 von dem Worte „ist“ ab in der dritten Zeile folgenden Wortlaut zu geben: „Außerordentliche Gantage können in dringenden Fällen vom Gauvorstand und müssen von demselben einberufen werden, wenn die Mehrheit der Gaumitglieder dies beantragt.“ Andere, Gauangelegenheiten betreffende Anträge können der Urabstimmung überwiefen werden, wenn 50 Mitglieder, dies beantragen. Bei der

Urabstimmung ist Zweidrittelmehrheit erforderlich.“ Mitgliedschaft Crimmitschau.“ § 14. Der Gantag, gebildet aus Delegierten der einzelnen Mitgliedschaften, findet nach Bedürfnis alljährlich statt. Außerordentliche Gantage können vom Gauvorstand im Einverständnisse mit der Mehrzahl der einzelnen Mitgliedschaftsvorstände einberufen werden. Außerdem können 50 Mitglieder einen Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Gantages der Urabstimmung überwiefen. In welchem Fall ist einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Andere, Gauangelegenheiten betreffende Anträge können der Urabstimmung überwiefen werden, wenn 50 Mitglieder dies beantragen. Bei der Urabstimmung ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Mitgliedschaft Crimmitschau.“ Nach einständiger Debatte wurde der Antrag Gemnitz angenommen, die beiden ersten abgelehnt. — Ueber einen weiteren Antrag der Mitgliedschaft Gemnitz zu § 15, Verminderung der Delegierten zu Gantagen betreffend, wurde auf Antrag des Kollegen Krasser zur Tagesordnung übergegangen. Alsdann wurde das Reglement, welches am 1. Juli 1897 in Kraft tritt, einstimmig genehmigt. — 9. Der nächste Gantag soll in Crimmitschau abgehalten werden. — 10. Als Vorort wurde Gemnitz wieder gewählt. — 11. Zur Wahl des Gauvorfesher wurden die Kollegen Stoy und Plauenburg vorgeschlagen. — 12. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten geregelt und die Aufforderung des Tarif-Amtes, betr. Petitionen an die Stadtbehörden wegen Vergebung von Druckfäßen an tariffreie Druckerien, nochmals angeregt wurde, schloß Gauvorfesher Stoy 1/8 Uhr die Versammlung mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Verband. Hierauf folgte noch ein Kommerz, den die Mitgliedschaft Gemnitz veranstaltet hatte. Hierbei bewährte sich der Gesangsverein Gutenberg-Gemnitz mit seinen vorzüglichen Leistungen aufs Beste.

Hirshberg. Das hiesige Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit dem bekannten Beschlusse des Leipziger Kartells und faßte in dieser Angelegenheit folgende Resolution: „Die heute, 30. Mai, tagende Delegiertenversammlung des Ditschberger Gewerkschaftskartells verurteilt auf das Entschiedenste den Beschlusse des Leipziger Kartells bezüglich der Ausweisung der sogenannten tarifirenden Buchdrucker und schließt sich voll und ganz der am 21. April gefassten Resolution des Mainzer Kartells an, welche in Nr. 18 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht ist.“

Leipzig. Die am 21. Mai abgehaltene, leider nur von etwa 400 Kollegen besuchte allgemeine Buchdrucker-versammlung hatte sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Der Tarif und seine weitere Verallgemeinerung; 2. Bericht der Tarifschiedsgerichts-Mitglieder; 3. Diskussion. Ins Bureau wurden die Kollegen Eichler, Schüpfer und Fuchs gewählt, worauf der Gehilfenvertreter des Kreises Sachsen, Kollege Kaub, einen kurzen Rückblick über die Tarifbewegung im vergangenen Jahre gab, worin er bemerkte, daß der Tarif ohne größere Opfer in Leipzig zur Einführung gelangt sei; wenn auch bei einzelnen Prinzipalen der gute Wille hierzu gefehlt habe, so sei trotzdem, Dank unserer Organisation, der Tarif durchgedrückt worden. Redner gab sodann die Tagesordnung der inzwischen in Berlin abgehaltenen Sitzung des Tarif-Ausschusses bekannt und wandte sein Hauptaugenmerk dem § 48 des Tarifs, die Arbeitsnachweise betreffend, zu. Das Bestreben der Gehilfenvertreter gehe dahin, bei der bevorstehenden Sitzung mit aller Entschiedenheit dafür zu wirken, daß die Bestimmungen, wonach die Prinzipalistenmitglieder bevorzugt werden können, aus den Regularien der Arbeitsnachweise entfernt würden. Redner erklärte, daß er überzeugt davon sei, daß Mißstände beständen, jedoch sei ihm sehr wenig beweisbares Material zugestellt worden. Dem Antrage Knie-Schnittgart, die Arbeitsnachweise zu zentralisieren, könne er nur dann seine Stimme geben, wenn volle Garantie geboten werde, daß beide Teile bei der Verwaltung als gleichberechtigt gelten. Als Vorort der Tarifinstitutionen müsse Berlin entschieden beibehalten werden, da die Leipziger Prinzipale stets die schärfsten Maßnahmen gegen die Gehilfen anwendeten. Der neueste Beweis hierfür sei der Beschluß der Leipziger Innung bezüglich der Arbeitszeit der Maschinenmeister. Die Ferienklausel der Maschinenmeister habe bereits zu so vielfachen Streitigkeiten geführt, daß diese Klausel entschieden beseitigt werden müsse. Zur Sechsmaschinenfrage sei dahingehend Stellung zu nehmen, daß nur gelernte Seper an Maschinen beschäftigt würden; gleichzeitig sei hierbei das A. Fortsystem zu bekämpfen. Kollege Lope gab hierauf einen ausführlichen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Tarifschiedsgerichtes und forderte die Kollegen auf, alle vorkommenden Tarifverletzungen dem Tarifschiedsgerichte zu unterbreiten. In der nunmehr folgenden Diskussion verurteilte Kollege Redhäuser in längerer Rede die Interesslosigkeit der hiesigen Maschinenmeister, sowie daß sie sich nicht an die Gesamtheit halten, sondern sich von gewissen Personen ins Schlepptau nehmen ließen. Ausführlich äußerte sich Redner dann noch über die Sechsmaschinenfrage. Kollege Krichmar erklärte im Namen der Maschinenmeister-Kommission, daß sich die Maschinenmeister in Zukunft auf neutralen Boden stellen wollten, um den Bruderwitz nicht weiter zu schüren. Die Maschinenmeister hätten erkannt, daß sie sich an das Ganze anschließen müßten, wenn sie etwas Ersprießliches für sich erreichen wollten. Anfänglich habe man die Ferienklausel in solchen Druckerien für gut ge-

Und was schrieb derjenige Mann, der am meisten gegen den jetzigen Tarif mütet, als die Kollegen des genannten Gauses ihre gedrückten Lohnverhältnisse beilegen und tarifmäßige Zustände herbeiführen wollten? In verächtlicher Weise forderte er die Kollegen auf, dem Rufe nach tariflichen Verbesserungen nicht Folge zu leisten, sich nicht als Schlachtopfer gebrauchen zu lassen. Niedriger sei die Befugnis zu hängen, daß der Zentralvorstand und die Verbandsfunktionäre wie Gehilfenvertreter von Leuten gelenkt würden, welche außerhalb der Organisation ständen. Wie stände es bei Herrn Gaus? Wer lenke dessen Sinn? Durch den einberufenen Kongress der Tarifgemeinschaften werde hoffentlich Klarheit werden. Er sei der Meinung, daß diejenigen Kollegen, welche an diesem Kongresse teilnehmen, der jedenfalls als Konsequenz der bisher gescheiterten Unternehmungen der Opposition die Gründung einer gesonderten Organisation vornehme, kein Interesse mehr an unserer Organisation hätten. Mit den Worten: „Wir werden langsam und bedächtig vorwärts schreiten, aber doch vorwärts“ schloß Kollege Steinbrück sein interessantes Referat. — Als erster Redner und zugleich Gegner der Tarifgemeinschaft sprach hierauf Kollege Seidel-Wurzen. Er trat für eine anständige sachgemäße Opposition ein. Ihm habe der Ausgang des 1891/92er Streiks die Ueberzeugung beigebracht, daß wir mit der Tarifgemeinschaft nicht gut fahren würden und sei er deshalb Gegner derselben. Redner berührte die Aeußerungen des Kollegen Nibel (Leipzig) nach dem Streit, wonach die Tarifgemeinschaft als begraben gelten sollte. Heute habe man sie in verböhrter Weise wieder geschaffen. In der Angst vor der Stärke der Gehilfenschaft hätten die Prinzipale wohl die halbständige Vertüzung der Arbeitszeit bemilligt, doch ob nach Verlauf der fünf Jahre der Neunstundentag komme, das sei die Frage. Die Prinzipale hätten eine gewisse Voreingenommenheit gegen jede weitere Vertüzung. Seine Gegnerschaft resultierte hauptsächlich aus der Form der Tarifgemeinschaft und der langen Kündigungszeit des Tarifs. Redner erklärte weiter, daß er mit dem Lager der sogenannten Opposition nichts zu thun habe. Es sei seine eigene Meinung, welche er bezüglich des Tarifs habe und wisse er auch nicht, wer in Wurzen hinter ihm stehe. — Dem Redner trat hierauf Kollege Döblin in längerer trefflicher Weise entgegen. Derselbe wünschte, Kollege Seidel möchte doch einmal angeben, was man, wenn die jetzigen Errungenschaften abgelehnt worden wären, an deren Stelle setzen wolle. Das was er (Seidel) vorgebracht, lese man in jeder Nummer der B.-W. und jedem Flugblatte der Opposition. Wenn Kollege Seidel behauptete, man hätte die Begeisterung der Kollegen benutzen sollen und dafür die Leipziger Versammlung als Beweis anführt, so entgegnete er ihm, daß der Grund der Begeisterung der Kollegen wohl hauptsächlich der gewesen, daß sich dieselben vorgenommen, endlich einmal aus der unwürdigen Lage, in die man nach dem Streit gelangt, herauszukommen. Redner verlas eine Note aus dem Corr. von dem früheren Redakteur, wonach derselbe erklärt, daß sich die Gehilfen wohl einige Jahre mit der neunehalbständigen Arbeitszeit begnügen würden. Also noch vor kaum mehr als einem Jahre vertrat der Vater der Opposition die Ansicht, daß man nach einer gewählten Forderung eine gewisse Ruhezeit eintreten lassen müsse. Hätte Gaus den Ausgang seiner Agitation geahnt, so würde er heute jedenfalls der eifrigste Verfechter der Tarifgemeinschaft sein. (Beifall.) Entgegen dem Kollegen Seidel, welcher die vierstündige Kündigung des Tarifs bemängelt, führt Redner ein Beispiel von den Maurern an. Dieselben berieten auf ihrem Kongresse jetzt schon, welche Forderungen sie im nächsten Frühjahr stellen wollen. Der immerwährende Kampfstandpunkt gegenüber den Prinzipalens sei ein Unfönn, die Arbeiter seien es nur, welche hieraus die Nachteile zögen. Wenn besonders von einigen Kollegen behauptet werde, daß die Arbeitszeitverlängerung zu gering sei, so habe er ein treffendes Beispiel, wie unfönnig und wenig berechtigt dies sei. Die Statistik des Leipziger Maschinenmeistervereins ergebe, daß allein 20 Kollegen in einer Druckerlei während des verfloffenen Jahres 12000 Ueberstunden gemacht und 21 Kollegen noch Zurückungen zu Hause besorgt haben. Redner ging hierauf auf die Bekämpfung der tariflichen Errungenschaften seitens eines Teiles der Arbeiterpresse über. Es sei bezeichnend, daß es gerade ehemalige Kollegen sind, welche mit Vorliebe alles Mögliche in dieser Beziehung leisten, oft genöge auch schon die Kondition in einem Arbeiterblatt, um alles herunterzuzerren. Wir wollen mit den Tatsachen rechnen und uns nicht mit Phrasen abfinden. Durch die halbständige Vertüzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes ist in Deutschland über 1 Million mehr an Löhnen gezahlt worden; dies ist praktische Bekämpfung des Kapitalismus und alle schönen Resolutionen ändern an der Lage der Dinge nichts. Ich habe, erklärte Redner am Schluffe, auf Grund der Erfahrungen und im Verlaufe der Vorkommnisse der letzten Zeit die ehrliche Ueberzeugung gewonnen, daß wir nichts besseres als die Schaffung des Tarifs mit der Tarifgemeinschaft thun konnten (Beifall). Nachdem die Kollegen Reichenbach, Schaffrath, Uhlitz, Helne-Dippoldswalde, Baumann-Waagen, Egert-Pöna, Richter-Dresden und Schalle-Pöna für den Tarif und die Tarifgemeinschaft, die Kollegen Seidel-Wurzen und Heinius-Bittau dagegen gesprochen, erhielt Kollege Steinbrück das Schlußwort und zerspreute kurz die gemachten Einwendungen der Gegner. — Der Vorsitzende flocht hierauf die Bemerkung ein,

daß Kollege Uhlmann-Dresden bereits vor 25 Jahren dem Gautage beigewohnt, und wünschte, daß derselbe noch recht oft daran teilnehmen möge. — Hierauf folgte Punkt 5 (Antrag der Mitgliedschaften Zittau und Wurzen, „Die vom Verbandsvorstande gegen Gaus und Genossen vollzogenen Ausschüsse sind, weil statutenwidrig, rückgängig zu machen“) und begründete Kollege Heinius-Bittau den gestellten Antrag. Er betrachte die Ausschüsse als statutenwidrig, nicht durch den Gauvorstand oder die Mitgliedschaften sei der Antrag auf Ausschluß gestellt worden, sondern der Verbandsvorstand habe eigenmächtig gehandelt. Nehme man die Ausschüsse zurück, so verschwinde auch jedenfalls der Hauptanlaß zu dem jetzigen Streite. Kollege Ebert-Dresden gab eine kurze Erklärung seiner sowie der Stellung der Dresdener Delegierten zu diesem Antrag. Er erkenne die Gausische Opposition als ungesund und schädlich an für den Verband. Die Ausschüsse hätten gegen die Interessen der Organisation und gegen das Statut verstoßen und verdienten so den Ausschluß. Im Lebrigen hielt er jedes Wort über den Antrag für überflüssig und verlangte unbedingt Abweisung desselben. — Kollege Döblin gab vorerst die Versicherung ab, daß es ihm nicht lieb sei, auf diese Sache einzugehen. Nicht wegen der Gründung der B.-W. seien die Kollegen ausgeschlossen worden, sondern wegen des die Organisation beläustigenden Programms derselben. Diese Herren seien angegangen worden, ihre zersetzende Thätigkeit einzustellen, hätten dies aber verweigert, worauf die Bevollmächtigten den Antrag auf Ausschluß gestellt. Erst dann habe der Zentralvorstand die Ausschüsse vorgenommen. Das Bestreben der Ausschüsse gehe dahin, wieder in den Verband hereinzukommen, um hier ihre unheilvolle Thätigkeit besser fortsetzen zu können. Eingehend auf die Kampfesweise Gaus' verlas Redner einige Stellen aus der Nacht, welche in gemeiner Weise den Zentralvorstand, die Verbandsfunktionäre im Allgemeinen und weitere Kreise auf das schimpflichste beleidigte. Er habe die Meinung, daß Gaus gar nicht wieder Mitglied werden wolle, denn in der B.-W. schreibe er, daß sich ein „aufrechter Arbeiter der Mitgliedschaft bei diesem heruntergewürdigten Vereine schämen müsse“. Ein Unfönn sei es, wenn in dem Oppositionsorgane geschrieben wird, wir müssen kämpfen, um aus verlorenen Kämpfen zu lernen. Wir haben aus dem einen verlorenen Streik genug gelernt und danach unsere jetzige Taktik gewählt. Allerdings müsse Leipzig ja stets einen Sonderstandpunkt einnehmen. Charakteristisch sei es, daß die meisten Tarifgegner erklärten, nichts mit Gaus zu thun zu haben, aber sein Ausschluß diene doch als vortreffliches Agitationsmittel. Derjenige Mann, der auf der Generalversammlung selbst aus von den Kollegen seines Amtes entsetzt wurde, die auf sein Programm gewählt worden, sei allerdings gerade gut genug, um das Blatt der Opposition zu leiten. Er habe die Ueberzeugung, daß die Opposition Gaus, wenn sie an die Spitze gekommen, in einem Vierteljahre mehr heruntergebracht hätte als wir in Jahrzehnten aufgebaut. Für derartige Elemente sei kein Platz in der Organisation. Unter lebhaftem Beifalle schloß der Redner. — Zwei auf Schluß der Debatte gestellte Anträge wurden angenommen. Willmann-Waagen sprach für, Schnor-Bittau gegen denselben. Als Antragsteller erhielt das Schlußwort Heinius-Bittau. Derselbe erklärte, daß nach Gaus und Genossen gethan, sei ihm gleichgültig, für ihn komme das Statutenwidrige der Ausschüsse in Betracht. — Berichtigend erklärte Kollege Döblin, daß die Ausschüsse auch gemäß § 24 des Statuts erfolgt seien, welcher Paragraph die Funktionen der Mitgliedschaften dem Zentralvorstand überträgt. — Der Antrag Zittau-Wurzen wurde hierauf mit 57 gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Es folgte Punkt 6 (Beratung des Gaustatuts nach dem Entwurfe des Gauvorstandes). Die Versammlung beschloß, sofort bei der Beratung des § 8 zu beginnen, da die vorhergehenden nichts Neues einbrächten. Nachdem das Für und Wider erwogen und Kollege Döblin die Erklärung abgegeben, daß der Zentralvorstand sich in der Frage der Gauausschüsse dahin schlüssig geworden, der nächsten General-Versammlung vorzuschlagen, die Unterstützung zu erhöhen und die Beiträge aus der Verbandskasse zu leisten, welche Mitteilung freudig angenommen wurde, gelangte § 8 unverändert nach dem Entwurfe zur Annahme, wonach arbeitslose Mitglieder pro Tag (nicht wie jetzt pro Arbeitstag) 50 Pf. Zuschuß erhalten. Eine längere, zum Teile lebhafteste Debatte rief § 9, der die Unterstützung im Krankheitsfalle regelt, hervor. Schließlich, nachdem verschiedene Anträge gefallen waren, da sie Zweidrittel-Mehrheit nicht erreichten, gelangte ein Antrag Timme und Genossen zur Annahme, wonach im Krankheitsfalle eine Unterstützung von 2,80 Mk. pro Woche gezahlt wird. Zu § 10 (Krankentüzung nach der Auslieferung in den Orts-, Innungs- oder Gemeindefrankenkassen) beschloß die Versammlung, eine Unterstützung von 1,30 Mk. (9,10 Mk. pro Woche) zu zahlen, allerdings auf Antrag des Kollegen Uhlitz-Dresden nach einer Karenzzeit von 26 Wochen. Zu den weiteren Paragraphen wurden Anträge nicht gestellt. Beschlossen wurde nachträglich auf Befürwortung des Kollegen Steinbrück, eine Festsetzung des Beitrages im Statut von 30 Pf. pro Woche vorzunehmen, ebenso in § 8, vorletztem Absatz, das Wörtchen „tarifmäßig“ vor Kondition einzufügen. Die Gesamtbestimmung über den Entwurf ergab mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen dessen Annahme. — Bezüglich des siebenten

Punktes (Beiprechung und Beschlußfassung über eine Remuneration an die Mitgliedschaften) nahm der Gautag den von der Mitgliedschaft Freiberg gestellten Antrag an, wonach den Mitgliedschaften bei Ableieferung von 251—500 Beiträgen 5 Mk., von 501—1000 Beiträgen 10 Mk., von 1001—1500 Beiträgen 15 Mk., von 1501—2000 Beiträgen 20 Mk., von 2001—3000 Beiträgen 25 Mk., von über 3000 Beiträgen 30 Mk. aus der Gauskasse übernommen werden. Zu Punkt 8: Der Gautag wolle die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse beschließen, unterbreite die Kommission folgenden Antrag: „Der Gauvorstand möge Mittel und Wege finden, damit die Provinz auch in den Genuss dieses Kassenzweiges gelangt und dem nächsten Gautage bestimmte Vorschläge unterbreite. Die gewählte Kommission wird in Permanenz erklärt; der Gauvorstand mag dieselbe zu einigen Sitzungen zusammenberufen.“ Nach einer kurzen Debatte, in welcher auch Kollege Döblin vor übertriebenen Hoffnungen bezüglich dieses Kassenzweiges gewarnt, lehnte die Versammlung den Antrag der Kommission ab. Hiermit fielen auch die Anträge Zittau und Waagen. — Bei Punkt 9: Stellungnahme zur Abhaltung eines dritten Sachsentages, beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte und einer Erklärung des Vorsitzenden, eine Exkursion nach Leipzig stattfinden zu lassen, an der jeder Kollege teilnehmen könne. Punkt 10: Abänderung und Ausbau der Agitationsbezirke, gab zu einer Debatte keinen Anlaß und wurde dem Vorstande zur Regelung überlassen. — Bei Punkt 10: Beiprechung und Beschlußfassung über Telephonanschluß für den Verwalter, gelangte die Versammlung nach kurzer Erläuterung des Vorsitzenden zu der Ueberzeugung, daß der Anschluß eine Notwendigkeit sei und beschloß demgemäß. — Die Punkte 12: Feststellung der Remuneration für den Vorstand und die Redaktoren, und 11: Feststellung des Verwaltergebaltens, wurden auf Antrag zugleich verhandelt und ging ein Antrag dahingehend ein, dem ersten Vorsitzenden 200 Mk. (gegen 150 Mk. im Vorjahre), dem Stellvertreter 50, den Redaktoren 120, dem Verwalter 1550 Mark (gegen 1400 im Vorjahre) zu zahlen. Nach kurzer Debatte und Befürwortung der bezüglichen Erhöhungen, namentlich auch seitens einiger Vorstandsmitglieder und Redaktoren, beschloß die Versammlung demgemäß. — Punkt 14: Die Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge an die Delegierten, wurde, auf Antrag Schmiechel-Waagen, dahin erledigt, 4 Mk. zu zahlen. Die kleine Erhöhung gegenüber anderen Jahren fand jedoch auch Gegner, wenn auch nicht prinzipielle. — Zu Punkt 15: Vorschläge zur Wahl des Gauvorstandes, beschloß die Versammlung einstimmig, den bisherigen Vorstand zur Wahl zu empfehlen. — Punkt 16: Wahl des Ortes für die nächste Hauptversammlung, wurde dahingehend geregelt, den nächsten Gautag in Dresden stattfinden zu lassen. — Beim letzten Punkte der Tagesordnung: Etwasg Rekurse usw., hatte keiner der Delegierten etwas vorzubringen, doch forderte der Vorsitzende auf, zu Ehren der verstorbenen 16 Kollegen im Gau sich von den Eichen zu erheben. Die Versammlung kam diesem Wunsche nach. — Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden und Verlesung des Protokolls wurde gegen 1/8 Uhr abends die Hauptversammlung geschlossen. — Der Abend verteilte die auswärtigen Delegierten mit den Meißner Kollegen und deren Damen zu einem recht gelungenen Kommerse. Der Dresdener Buchdrucker-Gesangsverein war durch eine stattliche Anzahl seiner besten Sänger vertreten, die am Nachmittag noch nach Meissen geist, und bot wie immer recht Gelungenes. Allgemeine Gefänge — deren Verfasser nur Meißner Kollegen — und Ansprachen wechselten in reicher Folge ab und ein Tänzchen bildete den Abschluß.

Erzgebirge-Vogtland. Der diesjährige Gautag fand am Sonntag, den 16. Mai, im Saale der Börse zu Chemnitz statt. Anwesend waren 35 Delegierte aus 37 Grundorten, welche 437 Mitglieder zu vertreten hatten. Außerdem waren erschienen: Kollege Elfer-Berlin und eine große Anzahl Mitglieder aus Chemnitz. — Nachdem der Vorsitz der Mitgliedschaft Chemnitz, Kollege Fische, die Erschienenen begrüßt hatte, eröffnete 1/11 Uhr Gauvorsteher Eloy den Gautag mit dem Wunsche, daß die hier gefaßten Beschlüsse segensreich für den Verband wirken möchten. Alsdann gedachte er in pietätvollen Worten des in diesem Jahre verstorbenen Kollegen Karl Schleicher. Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Eitzen. — Die übliche Geschäftsordnung für den Gautag wurde wieder beibehalten und nur die Redezeit von 5 auf 10 Minuten verlängert. — 1. Der Jahresbericht über den Stand des Gauvereins und 2. die Jahresrechnung lagen gedruckt vor und wurden Einwendungen hiergegen nicht gemacht. Das Vermögen der Gauskasse betrug am 31. Dezember 1896 2695,79 Mk. gegen 3278,96 im Vorjahre. Konditionslos waren 205 Mitglieder 6057 Tage und 140 Mitglieder 2560 Tage krank. Etgetreten sind 199, zugereist 197, vom Militär 4 Mitglieder, während 245 abgereist sind, 14 zum Militär gingen, 30 austraten und 27 Mitglieder ausgeschlossen wurden. — 3. Beiträge und Remuneration für die Verwaltung blieben unverändert. — 4. Als Summe für außerordentliche Unterstützungen wurde dem Gauvorstande wiederholt das gesamte Vermögen zur Verfügung gestellt. — 5. Die Prüfung der Mandate ergab, daß alle 35 anerkannt wurden. Zwei Delegierte, welche 18 Mitglieder in den Orten Borna, Großsch, Hochitz, Waldheim und Bentz vertreten sollten, fehlten unentschuldig. — 6. Antrag I Zoidau: „Die

vom Zentralvorstande gegen die Oppositionsangehörigen vollzogenen Ausschüsse sind, weil statutenwidrig, rückgängig zu machen, da nur hierdurch die für die gedeihliche Fortentwicklung der Organisation so notwendige Einigung erzielt werden kann“ und Antrag I Werdau: „Die Mitgliedschaft Werdau erfucht den Gautag, für Rückgängigmachung der Ausschüsse zu wirken, damit der Zerplitterung unferes Verbandes ein Ziel gesetzt werde“, wurden gleichzeitig zur Diskussion gestellt. Es entspann sich ungefähr folgende Debatte: Krasser-Zwidau stellte sich auf den Rechtsstandpunkt des Statuts. Er meinte, es hätten nur Mitgliedschaften das Recht, einen Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes zu stellen, und zog die Befanntmachung an, die S. 3. im Corr. zu lesen war, wodurch der Zentralvorstand über seine Befugnisse gegangen sei. Das letzte Recht über den Ausschluß müsse der Mitgliedschaft überlassen werden. Im weiteren erinnerte Redner an einen Bericht im Corr., in welchem der Zwidauer Mitgliedschaft imputiert werde, sie betrachte die Einführung des Tarifs als Nebenbedingung. Hiergegen verwahrte sich Krasser und führte den Jahresbericht 1896 an, welcher das Gegenteil beweise. Die Entstehung der Opposition sei zum Teile der Taktik unserer Führer zu „verdanken“, was durch die so weit hinausgezogenen Tarifverhandlungen begründet würde. Ruhe und Frieden wäre sofort in der Organisation, wenn man die Ausschüsse zurücknehme. Kollege Eisler-Berlin: Aus der Begründung des Antrages entnehme Redner, als ob bei den Antragstellern sich selbst das Empfinden geltend mache, daß nach den Ereignissen der letzten Wochen es schwer falle, die erfolgten Ausschüsse als zu unrecht gesehen hinzustellen. Man flammere sich lediglich noch an den Wortlaut eines Statutparagrafen, der in diesem Falle gar nicht in Betracht kommen könne. Es handle sich hier nicht um das Interesse einer einzelnen Mitgliedschaft, sondern darum, die Gesamtorganisation vor tiefgehenden Schädigungen zu bewahren und den Beschlüssen unserer höchsten Instanz, der Generalversammlung, die gebührende Achtung zu verschaffen. Das könne man aber dem Ermessen einer einzelnen Mitgliedschaft nicht überlassen. Redner schilberte nun in längeren Ausführungen die Ursachen der vollzogenen Ausschüsse und die Kampfweise der Gasse und Genossen, die jede Sachlichkeit vermissen ließe und in persönliche und gehässige Beschimpfungen ausarte. Die Stellungnahme der H.-B. zu dem Vorgehen auf tariflichem Gebiete seitens der Gehilfen Rheinland-Westfalens zeige ebenfalls deutlich, daß es der Opposition Gasse der Oberhand nicht darum zu thun sei, die wirtschaftliche Lage der Gehilfen zu verbessern, sondern diese nur als Spielball zur Erfüllung ihrer egoistischen dunklen Pläne zu benutzen. Durch die letzten Ereignisse, zu denen sich leider das Leipziger Gewerkschaftskartell mißbrauchen ließ, sei für die Kollegen die genügende Klarheit geschaffen und die Frage der Ausschüsse undiskutierbar geworden. Redner erfuchte daher die Vertreter der Antragsteller, die vorliegenden Anträge zurückzuziehen oder, wenn nicht, die Delegierten, diese Anträge zur Tagesordnung überzugeben. Kollege Blantenburg-Ghemnitz ist der Ansicht, daß die Ausgeschlossenen gar nicht in Rede gezogen werden möchten, denn die Mitglieder hätten sich auf den Boden der Generalversammlung zu stellen, was dieselben nicht gethan. Es werde auch nicht besser werden, wenn die Ausschüsse zurückgenommen würden. Er bat deshalb, nach den Ausführungen des Kollegen Eislers die Anträge abzulehnen. Kollege Müller-Bodwa bemerkte, daß die Zwidauer volle Gewerkschaftsmittelglieder seien, der Rechtsboden würde verlassen, wenn die Anträge abgelehnt würden. Die Zwidauer hätten sich den Beschlüssen der Generalversammlung gefügt, aber der Zentralvorstand habe den § 5 mißbraucht. Kollege Müller-Zwidau meinte, das Verhalten der Zwidauer Mitglieder sei so, daß ihnen niemand den Vorwurf machen könne, man hätte sich nicht gefügt. Auch hob er hervor, daß der Redakteur des Corr. nur Artikel aufnehme, die in seinem Sinne lauten; anders geschriebene erscheinen nicht. Redner stellte sich im übrigen auf den Standpunkt seines Vorredners und empfahl die Anträge zur Annahme. Kollege Brenzel-Plauen: Für uns hätte sich der Antrag sehr schnell erledigen können, da wir uns Alle klar darüber sind. Er bekannte sich als einer derjenigen, die den außerordentlichen Gautag, der sich mit den Ausschüssen beschäftigte, hätte hintertrieben haben und zwar aus finanziellen Rücksichten. Es habe auf demselben auch nur leeres Stroh gedroschen werden können, wozu es heute auch noch Zeit sei. Wenn der Ausschluß zurückgenommen werde, so solle Zrmischer, um den es sich ja in der Hauptsache bei uns handle, von der H.-B. zurücktreten. Er bat, die Anträge zu verwerten. Carstens-Erimtschau schloß sich diesem an. Inzwischen ging folgender Antrag ein: „Wir beantragen, daß, wenn die ausgeschlossenen Mitglieder (ausschließlich Gasse) ihre zersetzende Tätigkeit gegen den Verband ruhen lassen und dies öffentlich erklären, so sollen dieselben wieder als Mitglieder betrachtet werden. Willen, Sillmann-Oreitz.“ Dieser Antrag wurde mit zur Debatte gestellt. Kollege Krasser-Zwidau erläuterte nochmals in eingehender Weise seinen Standpunkt und wiederholte, es werde sofort Frieden werden, wenn die Ausschüsse zurückgenommen würden. Auch die Leipziger Kollegen seien gegen die Ausschüsse. Ferner warf er dem Gauvorstande vor, er habe den Ausdruck „bessere“ Mitglieder gebraucht. Dies wurde vom Gauvorstand energisch zurückgewiesen. Kollege Schwan-Plauen sprach sich gegen die Anträge aus. Für unsre Sache sei Gasse

vollständig unfähig. Es sei zu bedauern, daß hierüber schon so viel Zeit verschwendet worden wäre. Kollege Kraft-Ghemnitz (schriftlich): „Beantragt über die Anträge Zwidau und Werdau zur Tagesordnung überzugeben“. Der Antrag fand genügend Unterstützung. Es hatte noch ein Redner für und einer gegen denselben zu sprechen. Kollege Beyer-Ghemnitz: Hierzu (zu den Ausschüssen) lasse ich fast nichts mehr sagen, es sei schon alles bis aufs Kleinste zergliedert. Jedem aufrichtig denkenden Kollegen sei klar, daß wir Gasse auf keinen Fall wieder in unsere Reihen aufnehmen könnten. Er sei höchstens lächelnd zu bedauern. Auch Zrmischer-Zwidau behandle, seitdem er Geschäftsführer wurde, seine Kollegen ganz anders als früher. Kollege Krasser-Zwidau wunderte sich, daß Kollege Beyer durch das Verhalten Zrmischer die Zwidauer veranlassen wolle, gegen ihren Antrag zu stimmen. Die Abstimmung über den Antrag Kraft, Uebergang zur Tagesordnung betreffend, ergab die Annahme desselben mit 21 gegen 9 Stimmen. (Tatsächliche Verhältnisse: Gegen Kollegen Müller-Zwidau: „Im Corr. kommt jede sachlich gehaltene Erörterung zur Aufnahme. Beweis: Corr. selbst. Wenn Redakteur Reichhäuser persönlich beschimpfende Artikel zurückweist, so ist dies korrekt gehandelt, sein anwesender Delegierter würde an seiner Stelle anders handeln. Eisler.“ Gegen Kollegen Krasser-Zwidau: „Leipziger Mitglieder haben in einer Versammlung erklärt, daß sie die Ausschüsse von Gasse und Genossen als richtig anerkennen.“ Eisler.“ „Die von mir angeführte Meinung, betreffend „bessere“ Mitglieder, ist nicht vom Gauvorstande gethan, sondern von einem Zwidauer Mitglied in einer Versammlung, wo Gauvorsteher Stoy anwesend war.“ Krasser.“) — Antrag II, Zwidau: „Der Gau Erzgebirge-Bogtland wird in Bezirke eingeteilt. Die Ausarbeitung eines Reglements sowie die Abgrenzung der Bezirke bleibt dem Gautag überlassen.“ Fast alle Redner waren mit der Einteilung in Bezirke voll und ganz einverstanden. Da sich aber außer in Zwidau keine Personen fanden, welche die hierdurch sich notwendig machenden Vorstandämter übernehmen würden, so mußte es beim Alten bleiben. — Antrag III, Zwidau: „Beschlüßfassung darüber, daß ein jedes Verbandsmittelglied den bestehenden Ortsvereinen angehören muß.“ In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß aus der Zwidauer Ortsliste einmal Geld zur Unterstützung der H.-B. verausgabt wurde, womit sich einige Mitglieder nicht einverstanden erklären konnten. Unter diesen Umständen wurde es diesen freigestellt, zur Ortsliste zu steuern. Da man aber annahm, daß die Gelder nicht wieder zu gegnerischen Zwecken verwendet würden, so wurde der Antrag angenommen. — Antrag IV, Zwidau: „Die Maschinenmeisterfrage.“ Hierzu wurde bemerkt, daß die Maschinenmeister bei Tarifberatungen immer als Aischenbrödel betrachtet worden seien, man luche ihnen immer mehr Arbeit aufzubürden und der Tarif schüpe sie dagegen nicht, während für die Gezer alles festgelegt sei. Auch die Hausarbeit bei den Maschinenmeistern wurde bemängelt. Es wurde beschloffen, diese Angelegenheit dem Gauvorstande zur weiteren Erwägung zu überweisen und zu dem in nächster Zeit stattfindenden Maschinenmeisterkongreß einen Delegierten aus dem Gau zu entsenden. Die Kosten hierfür wurde, da kein Maschinenmeisterverein besteht, die Gasse übernehmen. — Antrag II, Werdau: „Unterzeichner beantragt, wie es in vielen Gauen geschehen ist, daß auch in unserm Gau Erzgebirge-Bogtland eine Witwenkasse eingeführt wird. Frant.“ Einestheils war man dafür, dies der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten, andernteils aber der Ansicht, daß Versicherungsgesellschaften günstigere Gelegenheiten für unsere Mitglieder böten als dies der Gau oder der Verband könne und so wurde die Witwenkasse abgelehnt. — 7. Zu Tarifangelegenheiten lag folgender Antrag vor: „Der Gautag resp. Gauvorstand wolle einen Termin festsetzen, bis zu welchem sich alle in tarifreichen Geschäften arbeitenden Verbandsmittelglieder des 1896er Tarifs zu versichern haben. Mitgliedschaft Werdau.“ Hierzu gab Kollege Eisler-Berlin bekannt, daß vom Zentralvorstande bestimmte Direktiven in dieser Angelegenheit gegeben würden, wodurch der Antrag als erledigt betrachtet wurde. — 8. Beratung des des Gaureglements. Die §§ 1 bis 11, 13 und 15 bis 21 bleiben unverändert. Bei § 9 wurde gewünscht, den Gauvorsteher durch die Delegierten des Gautages zu wählen, was man aber wieder fallen ließ. § 12, f. Zeile 3. Konditionslofenausfuß betreffend, wurde die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen erhöht, weil die Gasse für die Dauer die vielen Ausgaben durch die 16wöchige Karenzzeit ohne Steuererhöhung nicht zu leisten vermag. Zu § 14 lagen folgende Anträge vor: „Dem § 14 des Gaureglements ist folgende Fassung zu geben: „Der Gautag, gebildet aus Delegierten der einzelnen Mitgliedschaften, findet nach Bedürfnis alljährlich statt. Außerordentliche Gautage finden statt, wenn 50 Mitglieder dies beantragen oder der Gauvorstand es für nötig hält. Außerdem können 30 Mitglieder Anträge auf Einleitung des Referendums oder der Initiative stellen. Bei der Abstimmung in diesen Fällen ist Zweidrittelmehrheit erforderlich.“ Mitglieder in Zwidau.“ „Dem § 14 von dem Worte „statt“ ab in der dritten Zeile folgenden Wortlaut zu geben: „Außerordentliche Gautage können in dringenden Fällen vom Gauvorstand und müssen von demselben einberufen werden, wenn die Mehrheit der Gaumitglieder dies beantragt. Andere, Gauangelegenheiten betreffende Anträge können der Abstimmung überwiegen werden, wenn 50 Mitglieder, dies beantragen. Bei der

Abstimmung ist Zweidrittelmehrheit erforderlich.“ Mitgliedschaft Erimtschau.“ § 14. Der Gautag, gebildet aus Delegierten der einzelnen Mitgliedschaften, findet nach Bedürfnis alljährlich statt. Außerordentliche Gautage können vom Gauvorstand im Einverständnis mit der Mehrheit der einzelnen Mitgliedschaftsvorstände einberufen werden. Außerdem können 50 Mitglieder einen Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Gautages der Abstimmung überweisen. In solchem Falle ist einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Andere, Gauangelegenheiten betreffende Anträge können der Abstimmung überwiegen werden, wenn 50 Mitglieder dies beantragen. Bei der Abstimmung ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Mitgliedschaft Ghemnitz.“ Nach einstündiger Debatte wurde der Antrag Ghemnitz angenommen, die beiden ersten abgelehnt. — Ueber einen weiteren Antrag der Mitgliedschaft Ghemnitz zu § 15, Verminderung der Delegierten zu Gautagen betreffend, wurde auf Antrag des Kollegen Krasser zur Tagesordnung übergegangen. Alsdann wurde das Reglement, welches am 1. Juli 1897 in Kraft tritt, einstimmig genehmigt. — 9. Der nächste Gautag soll in Erimtschau abgehalten werden. — 10. Als Vorort wurde Ghemnitz wiedergewählt. — 11. Zur Wahl des Gauvorstehers wurden die Kollegen Stoy und Blantenburg vorgeschlagen. — 12. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten geregelt und die Aufforderung des Tarif-Amtes, betr. Petitionen an die Stadtbehörden wegen Vergütung von Drucksachen an tarifreue Druckerien, nochmals angeregt wurde, schloß Gauvorsteher Stoy 1/8 Uhr die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. Hierauf folgte noch ein Kommerz, den die Mitgliedschaft Ghemnitz veranstaltet hatte. Hierbei bewährte sich der Gesangverein Gutenberg-Ghemnitz mit seinen vorzüglichen Leistungen aufs Beste.

Strichberg. Das hiesige Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit dem bekannten Beschlusse des Leipziger Kartells und faßte die folgenden Angelegenheiten folgende Resolution: „Die heute, 30. Mai, tagende Delegiertenversammlung des Strichberger Gewerkschaftskartells beurteilt auf das Entschiedenste den Beschluß des Leipziger Kartells bezüglich der Ausweitung der sogenannten tarifreuen Buchdrucker und schließt sich voll und ganz der am 21. April gefaßten Resolution des Mainzer Kartells an, welche in Nr. 18 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht ist.“

Leipzig. Die am 21. Mai abgehaltene, seither nur von etwa 400 Kollegen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung hatte sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Der Tarif und seine weitere Verallgemeinerung; 2. Bericht der Tarifschiedsgerichts-Mitglieder; 3. Diskussion. Ins Büro wurden die Kollegen Eisler, Schüper und Fuchs gewählt, worauf der Gehilfenvertreter des Kreises Sachsen, Kollege Kauß, einen kurzen Rückblick über die Tarifbewegung im vergangenen Jahre gab, worin er bemerkte, daß der Tarif ohne größere Opfer in Leipzig zur Einführung gelangt sei; wenn auch bei einzelnen Prinzipalen der gute Wille hierzu gefehlt habe, so sei trotzdem, Dank untrer Organisation, der Tarif durchgeführt worden. Redner gab sodann die Tagesordnung der inzwischen in Berlin abgehaltenen Sitzung des Tarif-Ausschusses bekannt und wandte sein Hauptaugenmerk dem § 48 des Tarifs, die Arbeitsnachweise betreffend, zu. Das Bestreben der Gehilfenvertreter gehe dahin, bei der bevorstehenden Sitzung mit aller Entschiedenheit dafür zu wirken, daß die Bestimmungen, wonach die Prinzipalistenmitglieder bevorzugt werden können, aus den Regulatorien der Arbeitsnachweise entfernt würden. Redner erklärte, daß er überzeugt davon sei, daß Mißstände beständen, jedoch sei ihm sehr wenig beweiskräftiges Material zugeteilt worden. Dem Antrage Knie-Stuttgart, die Arbeitsnachweise zu zentralisieren, könne er nur dann seine Stimme geben, wenn volle Garantie geboten werde, daß beide Teile bei der Verwaltung als gleichberechtigt gelten. Als Vorort der Tarifinstitutionen müsse Berlin entschieden beibehalten werden, da die Leipziger Prinzipale stets die schärfsten Maßnahmen gegen die Gehilfen anwendeten. Der neueste Beweis hierfür sei der Beschluß der Leipziger Innung bezüglich der Arbeitszeit der Maschinenmeister. Die Ferienklausel der Maschinenmeister habe bereits zu so vielfachen Streitigkeiten geführt, daß diese Klausel entschieden beseitigt werden müsse. Zur Sechsmaschinenfrage sei dahingehend Stellung zu nehmen, daß nur gelernter Gezer an Maschinen beschäftigt würden; gleichzeitig sei hierbei das A-forsystem zu bekämpfen. Kollege Lohse gab hierauf einen ausführlichen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts und forderte die Kollegen auf, alle vorkommenden Tarifverlegungen dem Tarifschiedsgerichte zu unterbreiten. In der nunmehr folgenden Diskussion verurteilte Kollege Reichhäuser in längerer Rede die Interesslosigkeit der hiesigen Maschinenmeister, sowie daß sie sich nicht an die Gesamtheit halten, sondern sich von gewissen Personen ins Schlepptau nehmen ließen. Ausführlich äußerte sich Redner dann noch über die Sechsmaschinenfrage. Kollege Kressmar erklärte im Namen der Maschinenmeister-Kommission, daß sich die Maschinenmeister in Zukunft auf neutralen Boden stellen wollten, um den Ruderschwanz nicht weiter zu schüren. Die Maschinenmeister hätten erkannt, daß sie sich an das Ganze anschließen müßten, wenn sie etwas Ersprießliches für sich erreichen wollten. Anfänglich habe man die Ferienklausel in solchen Druckerien für gut ge-

halten, wo die tägliche Verfüzierung der Arbeitszeit absolut nicht zu erreichen war. Die Schäden hätten sich jedoch im Laufe des Jahres dadurch gezeigt, daß die Drucker vor Eintritt in die Ferien entlassen würden und hierdurch der Zweck illusorisch gemacht werde. Die Maschinenmeister wollten sich von dem Vorwurfe der Letzterge befreien und wünschen hierzu die thätigste Unterstützung der Seper. Dem Kollegen Rezhäuser machte Rezhner den Vorwurf, daß sich derselbe bisher nie in Maschinenmeisterversammlungen habe sehen lassen. In gleicher Weise äußerte sich auch der Kollege Schneider. Kollege Eicher verwarf gleichfalls die Ferienaufhebung und erwartet vollständige Beieitigung derselben. Er erklärte, daß er sich prinzipiell nicht habe an der Maschinenmeisterbewegung beteiligen können, so lange dieselbe als Zweck zu dem Treiben gewisser Personen benutzt worden sei, und wünschte, daß nunmehr eine Klärung in dieser Frage eintrete. Den Ausführungen Kreischmars gegenüber erklärte Kollege Rezhäuser, daß eine neutrale Stellung entschieden zu verwerfen sei, er verlange vielmehr eine prinzipielle Stellung zur Tariffrage und den Beschlüssen der Organisation. Die Maschinenmeisterversammlungen werde er so lange meiden, so lange zu denselben in einem gewissen Winkelorgan eingeladen werde. Hierauf gab Kollege Kreischmar schriftlich folgende Erklärung ab: „Die Maschinenmeister-Kommission sagt sich, daß die Gesamtheit der Maschinenmeister Seegner und Freunde zur Tarifgemeinschaft — mehr oder weniger — sind, dementsprechend beide Organe als Inertionsorgane benutzt. Georg Kreischmar.“ (Hiermit hat er eigentlich seine ganzen Friedensversicherungen wieder über den Haufen geworfen. D. Schrift.) Nach einem Schlußworte des Kollegen Rauß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 21. Mai im Saale des Hotel Stadt Nürnberg abgehaltene allgemeine Buchdruckerversammlung ist mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und beauftragt den Gehilfenvertreter des Kreises VII, bei der bevorstehenden Tarif-Ausschuß-Sitzung dafür wirken zu wollen, daß der Sitz seines Bestehens und in seiner jetzigen Zusammenfassung nur nutzbringend für das Gewerbe war, unter allen Umständen in Berlin bleiben soll; weiter erwartet die Versammlung die Arbeitsnachweise unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung zu reorganisiert, daß etwaige Behinderungen oder Benachteiligungen irgend welcher Gehilfenkategorien ein für allemal ausgeschlossen sind. Namentlich wolle der Gehilfenvertreter dem schon zu vielen Unzuträglichkeiten Anlaß gebenden Feriensystem bei den Maschinenmeistern seine Aufmerksamkeit widmen und Interpretationen befürworten, welche auch den Druckerkollegen die kürzere Arbeitszeit auf alle Fälle und ohne Schwierigkeiten laut § 31 des Tarifs gewährleisten. Schließlich legte die Versammlung dem Gehilfenvertreter nahe, in der Frage der Sepmaschinen für die ausschließliche Tätigkeit gelernter Buchdrucker an solchen bei kürzerer als der jetzt üblichen Arbeitszeit und einem entsprechend hohen gewissen Geld einzutreten. Im allgemeinen in einer regen Agitation für den 1896er Tarif die beste Gewähr für die Verallgemeinerung desselben erblickend, beauftragt die Versammlung den Kollegen Rauß, ganz besonders nach dieser Richtung seinen Einfluß geltend zu machen.

Magdeburg. Für den 26. Mai war hier von seiten der „Tarifgegner“ eine öffentliche Buchdruckerversammlung einberufen worden, um zu dem „Kongresse“ der „Tarifgemeinschaftsgegner“ bzw. zum Ausschlusse Gash und Genossen und der Behandlung der Auschlussfrage durch die Gantage „Stellung zu nehmen“. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend war auch der Besuch, denn es waren von acht Oppositionellen sechs erschienen, so daß nach der Büreauwahl drei Mann als Publikum verblieben. Jedenfalls hatten die übrigen die „reine Scheidung“, die in Leipzig vom Feldherrn vorgenommen werden soll, schon vorher vollzogen. Bei dieser großartigen Teilnahme mußte von einer Delegation abgesehen werden, dagegen blieb es Jedem überlassen, auf eigene Kosten daran teilzunehmen. Da unter Verschiedenem nichts mehr vorlag, so konnte schon 1/2 10 Uhr der Laden geschlossen werden. Die Separatelle des Arizona Räder scheinen daher manchem Mitgliede seine Pflicht dem Verbands gegenüber wieder wahgerufen zu haben.

-h- Streitlin. Gerechtes Befremden, zum mindesten aber Kopfschütteln muß der in Nr. 59 des Corr. veröffentlichte -s-Artikel aus Brandenburg in allen Gauen Deutschlands erregen. Danach ist der Vorstand des Obergaues ja nur eine Zusammenfügung von „Verbrechern“, welche letztere meist nichts zu thun haben, als die Remuneration entgegenzunehmen und dafür das bishigen Verwaltungsgeschäfte zu verrichten. Doch gemacht, es wird alles nicht so heiß gefessen als es gelobt wird. Es ist ja richtig, daß leider unsere Quartals-Abrechnungen verschiedene Male zu spät beim Zentralvorstand eingegangen sind. Aber woran liegt's, Herr -e? Sie werden doch jedenfalls nicht dergestalt haben, daß der Vorstand auf jedem Birkulare, das er hinausendet, auffordert, die Beiträge pünktlich zu entrichten, damit die Bezirkskassierer in die Lage kommen, auch ihrerseits prompt die Abrechnungen dem Gauvorstand übermitteln zu können. Diesen Aufforderungen ist auch die Drohung angehängt worden, daß irgend ein Mitglied, welches auch nur einen Rest hat, im Bedarfsfalle seinen Anspruch auf Unterstützung hat. Sind aber nun diese Aufforderungen

auch befolgt worden? Mit nichten! Ja, es ist zu dieser Ignoranz noch hinzugekommen, daß selbst einige Bezirksvorstände die Reue im Erkrankungsfall auf die diesbezügliche Unterstützung verrecknet, also gewissermaßen dem Reitanten unweisen Vorschub geleistet haben. Wenn wir den Vorwurf des Zentralvorstandes auch vollständig als gerecht auf uns nehmen, so müssen sich aber auch die Kollegen aus dem Gau darin teilen, welche solche unheilbare Zustände mit aufrecht erhalten, in erster Linie einige Bezirksvorstände, die in der Einsetzung ihrer Monats-Abrechnungen sehr lässig sind, und in zweiter Linie die Kollegen, deren Namen öfter in den Abrechnungen unter der Rubrik „Restanten“ prangen. Wenn man die verschiedenen Abrechnungen durchsieht, so findet man manchmal auch Namen von Kollegen, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über den Vorstand herziehen, ja wir fanden sogar bei einer Abrechnung aus Brandenburg einen Namen, der verteuelt die Mehnlichkeit mit dem des Artikelschreibers hat, nämlich auch mit -e endet. Es sei hier jedoch gleich bemerkt, daß es nicht der Name des jetzigen Bezirksvorstehers Theise war. Also das Feuer, das Herr -e dem Gauvorstande zugedacht hat, ist viel richtiger erst hinter die säumigen Mitglieder zu bringen. — Wenn Herr -e bemerkt, daß der Jahresbericht des Gaues erst im Juli oder August zur Verteilung gelangt, so ist diese Angabe nicht der Wahrheit entsprechend, schon aus dem Grunde nicht, weil in den Jahren, wo ein Gantag stattfindet, der Gaubericht vor der Abhaltung des Gantages sich in den Händen der Mitglieder befinden muß! Herr -e schreibt ganz richtig, daß die Bezirksvorstände den Jahresbericht im Februar dem Gauvorstand übermitteln „sollen“. Kommen aber die Bezirksvorstände immer diesem „Sollen“ nach? Antwort: Trotz vielen Mahnens haben zwei Bezirksvorstände erst vor ungefähr zehn Tagen ihre Berichte eingeleant. Was nun, Herr -e? In etwa acht Tagen werden Sie den diesjährigen Gaubericht in Händen haben. Nun zufrieden? Was die Agitation anbelangt, so hat der Gauvorstand dieselbe mit allen Kräften und Mitteln unterstützt. Wir haben unsere Taschen gegenüber diesbezüglichen Anträgen nicht zugehalten, ja wir haben auch Agitationsreisen nach dem „pommerschen Hinterlande“ gemacht, haben Erfolge erzielt und partizipieren infolgedessen auch an dem Verdienst, unsere Reihen verstärkt zu haben. Wenn Herr -e dies nicht weiß oder wissen will, so ist doch damit nicht die Tatsache aus der Welt geschafft. Also bitte in Zukunft ein wenig vorsichtiger in Ihren Erzählungen, verehrter Kollege. In einem Punkte glauben wir uns mit Kollegen -e einig zu sein, nämlich mit der Gaustellung. Wir sind nicht so schlecht, als daß wir nicht den Wunsch der Brandenburgler teilen könnten; möge ihnen endlich ihr heißer sehnsüchtiger Wunsch erfüllt werden, uns isis recht. Im übrigen Schluß für uns; vielleicht findet im Herbst noch ein Gantag statt, wo wir uns kräftig ausbreiten können und außerdem ist der Corr. für wichtigere Angelegenheiten da als für solche Dinge.

Stuttgart. Die Kommission der Vereinten Gewerkschaften Stuttgarts besaßte sich in ihrer Sitzung vom 26. Mai mit den Beschlüssen des Leipziger Kartells. Nach einseitigen Worten des Vorstehenden ging Kollege Schröter, die Tarifvereinbarungen der Buchdrucker des Nördern beleuchtend, scharf gegen den geistigen Urheber der Beschlüsse vor, welche nur der Ausfluß persönlicher Rachsucht gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker seien. Alle Redner sprachen sich gegen die Leipziger Anmaßung aus und wurde ein Antrag des Kollegen Hildenbrand einstimmig angenommen mit folgendem Wortlaute: „Die Stuttgarter Gewerkschaftskommission hält das Eingreifen des Gewerkschaftskartells in Leipzig in die internen Angelegenheiten des Buchdruckerverbandes für ungerechtfertigt und die Rubrizierung des Verbandes unter die nicht modernen Arbeiterorganisationen für falsch. Sie lehnt es ab, dem Leipziger Kartell zu folgen und geht über die Frage zur Tagesordnung über.“

Der Gashaner-Kongress.

In letzter Stunde geht uns die Tagesordnung des Geheim-Kongresses der Gashaner zu. Dieselbe ist wie folgt aufgestellt:

- Früh 9 Uhr im großen Saale der Zentralthalle:
- 1. Eröffnung des Kongresses mit Abingung des Liedes: „Hünfmalhunderttausend Teufel!“ usw.
- 2. Ansprache des Vertrauensmannes Kressin. (Die Versammelten bilden einander verständnisvoll an.)
- 3. Bericht des Sadelwartes Kunath mit darauffolgendem Gesang: „Ah, wie sind die Silbergoßnen rar!“
- 4. Vortrag von Gash über die ungerechte Verteilung des Eigentumes. Hierzu liegen folgende Anträge vor: Expropriation des Verbandseigentumes bzw. Verteilung desselben unter die Mitglieder, event. Uebertragung der Hälfte an die Verbandsgegner (Gashaner).
- 5. Anschaffung von Sepmaschinen und einer Rotationsmaschine zur Herstellung des internationalen Mächtergarn-Organes.

(Hierauf „vertrauliche“ Sitzung.)

Die Verhandlungen werden stenographisch auf Manuskripten, Dufputter usw. aufgenommen. Das Protokoll wird nach acht Jahren veröffentlicht, bei eventuell eintretendem Tatendrang auch früher.

In der Klagesache gegen Gash wurde die gerichtliche Verhandlung vertagt, da der Beklagte eine Reihe von Bemeintragungen stellte, welchem das Gericht stattgab. Durch diese Bemeintragungen soll der Nachweis für die I. B. von Gash aufgestellten Behauptungen resp. Verleumdungen erbracht werden. Wohl bekomm'n's ihm!

Das Internationale Buchdruckersekretariat verendet an die in demselben vereinigten Zentralvorstände ein Birkulare, worin es Kenntnis gibt von dem am 1. April 1897 erfolgten Beitritte des Serbischen Typographenvereins zum Sekretariat. Infolge der prekären Lage des betr. Vereins wurden bei den gepflogenen Unterhandlungen die Beitrittsbedingungen revidiert und vor allem im Fall eines Streiks erst nach einjähriger Mitgliedschaft des Vereins beim Sekretariat eine Unterstützung zugesichert. Der serbische Typographenverein hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt, ebenso damit (nach Art. 10 bis 12 des Reglements), auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen die ökonomische Besserstellung der Kollegen anzustreben. Letzteres ist nun, wie aus einem Schreiben des serbischen Typographenvereins an das Sekretariat hervorgeht, nicht möglich gewesen, indem alle Bemühungen, auf friedlichem Wege bestehende Streitfragen zu beilegen, an der Hartnäckigkeit der Unternehmer abgeprallt sind. Neuerdings geht nun die Staatsdruckerei in Belgrad mit einem Wobus der „Regelung des Lohnes“ vor, welcher die bisherigen Löhne auf die Hälfte reduziert. Infolgedessen haben die serbischen Kollegen beschloffen, nachdem eine einmonatliche, der Staatsdruckerei gestellte Frist, die Wünsche der Kollegen zu berücksichtigen, resultatlos verlaufen ist, mit dem Mittel des Streiks das Anfinnen der Staatsdruckerei und der mit ihr verbundenen Unternehmer zu beantworten. Gleichfalls soll die Forderung einer verkürzten Arbeitszeit (von zehn auf neun Stunden) aufgestellt werden. Bemerk't sei noch, daß der niedrigste Lohn in Serbien wöchentlich 7 bis 8 Francs beträgt. Der Streit sollte am 27. Mai ins Werk gesetzt werden und daran etwa 70 Seper, meistens aus der Staatsdruckerei, beteiligt sein. Die Aufschickskommission des Internationalen Buchdruckersekretariats hat in ihrer Sitzung vom 16. Mai diese Angelegenheit behandelt und ist zu folgenden Schlußfolgerungen gelangt: Das Vorgehen der serbischen Kollegen qualifiziert sich als ein Defensivstreik, der jedoch gleichzeitig mit einem Offensivstreik verbunden wird. Die Mitteilungen hierüber sind zu spät eingelangt, um die Verständigung der Verbände noch vor Ausbruch des Streiks eingeholen; überdies ist der serbische Typographenverein gemäß den Beitrittsbedingungen noch nicht unterstützungsberechtig. Gleichwohl erlaubt sich die Aufschickskommission den Wunsch zu äußern, es möchten die Kollegen aller Länder die serbischen Kollegen nachhaltig unterstützen sowie jeden Zugang fern halten, um den durch die Willkür ihrer Arbeitgeber in den Kampf getriebenen Kollegen zum Siege zu verhelfen. Da die Arbeitseinstellung bereits am 27. Mai zum Ausbruche gelangt ist, so ersuchen wir die it. Verhandlungsstellen um Anordnung der nötigen Vorkehrungen. Unterstützungen sind an das Internationale Buchdruckersekretariat einzulenden, welches im Besitz einer Deckadresse sich befindet.

Der Gutenbergbund hat einen achtseitigen Sirenen-gefang „An die Mitglieder der ‚Freien Vereinigung‘ und sämtliche Nichtverbandskollegen“ gerichtet, worin denselben die Vorteile des Gutenbergbundes in großen Worten empfielen resp. vom Eintritt in den Bund aufgefordert wird. Es dürfte für unsere Leser genügen, folgenden Satz aus dieser Agitationschrift hervorzuheben: „Der Verband ist nach fast dreißigjährigem Bestehen zu der Einsicht gekommen, daß der Gutenbergbund den einzig richtigen Standpunkt für seine Mitbrüder eingenommen hat und alle seine neuesten Maßnahmen sind dem Gutenbergbund abgelauscht!“ — Bei logischem Denken werden unsere „Mitbrüder“ finden, daß sie nach diesen Worten vollkommen überflüssig sind. Viellecht „lauschen“ wir ihnen noch ab, wie man zu Zeiten von Lohnkämpfen den Prinzipalen die Gehilfenarbeitsnachweise empfiecht und streikende Kollegen (siehe Würzburg, Münster) echt mitbrüderlich „rausstreift“.

Der Buchdruckerbesitzer und Verleger der Landshuter Zeitung J. B. v. Zabwiesig ist vom Papste zum Ritter des St. Gregoriusordens ernannt worden. Hoffentlich gibt diese Auszeichnung dem genannten Herrn Veranlassung, zu den „Verdiensten“, welche ihm den Orden brachten, auch das zu fügen, sich in das Verzeichnis der tarifstreuen Druckerereien aufnehmen zu lassen und damit die Sonn- und Feiertagsarbeit abzuschaffen.

Für die Pariser Weltausstellung von 1900 bereitet die deutsche Reichsdruckerei eine Prachtausgabe des Nibelungenliedes vor, die in Paris den Stand des deutschen Buchdruckes, des deutschen Kunstgewerbes und der deutschen Illustrationskunst auf das Würdigste vorführen soll.

Josef Thorne, der Erfinder der bekannten Thorne-See- und Ablegemaschine, starb am 6. Mai l. J. auf seinem Landhause in Sing-Sing bei New-York im Alter von 61 Jahren an der Drigischen Nierenkrankheit. Dem Herausgeber der „Zeit“, resp. dem Vorstande des national-sozialen Vereins, ist das Geld ausgegangen. Die Weiterführung der Zeitung ist in Frage gestellt, sobald die Geldquellen nicht reichlicher fließen. Es wird deshalb zur Geldgewinnung aufgefordert. Was helfen aber die Geldgeber, wenn sich nicht die nötige Zahl der

Abonnement findet? Zwecklos will man ja doch das Geld auch nicht opfern!

Eine Anzahl Vorsteher von gewerkschaftlichen Vereinen in Berlin fordern für Mittwoch, den 9. Juni, die Einberufung von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen mit der Tagesordnung: „Das Attribut auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Stellungnahme der Gewerkschaften.“ Es handelt sich um die Bestimmung der Vereinsegesetze, wonach Minderjährige an politischen Vereinen und Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Es wird empfohlen, derartige Versammlungen innerhalb der zwei nächsten Wochen in ganz Deutschland einzuberufen. Wenn schon die Arbeiter als solche ein großes Interesse daran haben müssen, die erwähnte Bestimmung nicht zur Geltung kommen zu lassen, so speziell die in Gewerkschaften organisierten Arbeiter, da es schon zur Zeit ganz in das Belieben der Polizeibehörden gestellt ist, die gewerkschaftlichen Vereine unter den Begriff „politische Vereine“ zu rangieren.

Die lokal- und zentralorganisierten Tapezierer Verbands haben sich auf Grundlage des Verbandes neu organisiert. Die eine Hälfte der Beiträge wird an den Hauptvorstand abgeführt, die andre zur Organisation am Orte verwendet. Neben der Organisation am Orte noch ein Vertrauensmann bzw. eine Agitationskommission, welcher die Verwaltung des Streifens übertragen wird. — Dagegen ist in Hamburg die seit Jahren angestrebte Vereinigung der Organisation der Seefahrer, dem Seemannsverein und der Verbandssektion der Heizer und Kaminmänner und damit der Anschluß an den Verband der Hafenarbeiter als geheierte zu betrachten.

Die Polizei in Rostock, welche im März und April alle gewerkschaftlichen Versammlungen verbot auf Grund eines Gesetzes, das alle „geräuschvollen Zusammenkünfte“ während der Advents- und Fastenzeit verbietet, wurde vom Schöffengerichte wie folgt eines bessern belehrt: Eine gewerkschaftliche Versammlung, wo ernste Männer ernste Sachen behandeln, ist nicht auf eine Stufe zu stellen mit Tanz, Musik und anderen Lustbarkeiten. Aber selbst wenn sich das medienberufliche Gesetz auf solche Versammlungen beziehen sollte, so stünde dem § 152 der Reichs-Gewerbeordnung entgegen.

Die Umsatzsteuer hat das sächs. Ministerium für zulässig erklärt, aber nicht nur für Konsumvereine, sondern es müßten, wenn ein Ort das Bedürfnis der Einführung zu haben glaubt, dann alle Großbetriebe besteuert werden. Und die Steuer darf nicht über 2 Proz. hinausgehen. Da wird nun mancher, der bisher für die den Konsumvereinen auferlegende Steuer schwärmte, dagegen Front machen, weil es auch ihm an den Sädel geht, und die Konsumvereine selbst werden es ja wohl an der nötigen Opposition gegen diese Steuer nach wie vor nicht fehlen lassen.

Die Lage des französischen Arbeitsmarktes hatte sich im April gegen das Vorjahr etwas gebessert, immerhin gaben 460 befragte Gewerkschaften mit 110000 Mitgliedern die Zahl der Arbeitslosen bis zum 15. April auf 6 Proz. an.

Im englischen Kohlenbergbau waren im Jahr 1906 beschäftigt 692684 Personen, 7600 weniger als im Vorjahre. Dagegen nahm die Produktion um 5708698 Tonnen zu.

Lohnbewegung. In Bergedorf streikten 31 Biassavermischer der Kaiserstoff-Fabrik von Mez & Co. wegen Nichterhaltung des vor drei Wochen anerkannten Lohnsatzes. In Kassel 45 Tischler der Firma Zulehner & Co. wegen Differenzen betr. der Arbeitszeit. In Leipzig die Tischler bei Gebr. Wehmann wegen Nichterhaltung des Lohnsatzes. In Magdeburg-Neustadt die Weißgerber der Lederfabrik von Jänede wegen Lohnhöherungen. In Mannheim ein Teil der Schmiede und Wagner. In Wien den in Weiß. Die Maler, sie fordern zehntägige Arbeitszeit, 35 Pf. Stundenlohn, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, Abschaffung der Affordarbeit und der Kündigung, Anerkennung des Gehilfenarbeitsnachweises.

Zwei Meister haben bewilligt. Auf dem Rittergute Birkigt bei Nebra in der Provinz Sachsen stellten 60 bis 70 russ.-poln. Arbeiter die Arbeit ein, weil sie mit ihrem Aufseher in Konflikt geraten. Auf Grund der preuß. Gesinnsordnung wurden die sechs angeklagten „Aufwiegler“ sofort über die Grenze gebracht. Die übrigen — sagt der Bericht der dortigen Blätter — beruhigten sich und arbeiteten weiter. In Wolgast streikten in der Kräftischen Fabrik die Tischler.

In Wandsbek durften die Arbeiter der dortigen großen Spiritusbrennerei (A.-G.) keiner Arbeiterorganisation angehören. Da der Direktor, der diese Art „Ordnung“ auf dem Korbholze hatte, bankrott gemacht und schließlich geflohen ist, so wurde jetzt auf Antrag der Arbeiter das Verbot aufgehoben. Ein Streik auf einem Neubau in Magdeburg endete mit Bewilligung der Forderungen. Die Maurer in Oberlind bei Sonneberg haben nach fünfwöchigem Streik einen Stundenlohn von 30 bis 32 Pf. erzielt.

In Prag-Smichow streikten 600 Weber der Kattun-Manufaktur um den Beihilfenlohn und zehnprozentige Lohnerhöhung. In Turn bei Leplitz streikten sämtliche Arbeiter der Fahrtrabfabrik Turna wegen Lohnhöherungen. Der Schmiedestreik in Kopenhagen ist nach achtwöchiger Dauer beendet. Die verlangte Einrichtung von Betriebswerkstätten wurde nur bei einem Teile der Meister mit 200 Gehilfen erreicht, etwa 300 Gehilfen sind abgereist. Der Streik umfaßte über 1000 Gehilfen. Der Studenstreik dabei ist ebenfalls zu Ende. Im großen und ganzen bleibt der bisherige Tarif, der von den Meistern getündigt worden war, in Geltung.

Gestorben.

In Hamburg-Altona am 29. Mai der Seperinvalide Heint. Schmiedemann aus Ludwigslust, 34 Jahre alt — Lungenheudrucht.

In Innsbruck am 2. Juni der Seper-Invalide Christian Engl, 68 Jahre alt.

In Schwerin der auf der Reise befindliche Drucker Louis Pfohl aus Lauban, 35 Jahre alt — Nervenkrankheit. Pf. konditionierte in Hamburg, München, Heilbronn, Eger, Dresden usw.

In Würzburg der Seperinvalide Johann Boullie 37 Jahre alt — Lungenheudrucht.

Briefkasten.

G. in Gumbinnen: Gegen Einwendung des Betrages erhalten Sie nach Wahl: 1. Gutenbergs Erscheinung. Feiertag in 1 Akt nebst Festprolog. 20 Pf. Johannes Gutenberg. Feiertag in 3 Abteilungen. 50 Pf. — B. in Sorau: Wir sandten am 29./4. Ihnen das letzte zu. Betrag noch nicht eingegangen. — B. H. in Stralsund: Wir sandten am 26./2. Obrecht. Desgleichen. — G. in Würzburg: 2,25 M. — B. R. in Warburg: Ihr Schreiben ist an das Tarifamt gefandt. — E. R. in Düsseldorf: Wenden Sie sich direkt an die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung, Leipzig, Gellertstraße. — A. R. in Iserlohn: Seitens der dortigen Tarifgemeinschaftsgegner ist uns irgend ein Zirkular mit Namensunterschriften nicht zugegangen. Gestatten Sie bei dieser Gelegenheit unsere Anerkennung für die „freundliche Erinnerung“ vom Ausfluge. Wir haben auch Verständnis für Humor. — H. S. in Lüneburg: Wird sich auf diese Weise machen lassen. Mitteilung wird erfolgen. Gruß! — B. in Würzburg: Wollen Sie uns das bewusste Schreiben senden. Näheres brieflich. — G. R. in Bremen: Sie würden uns einen großen Gefallen erweisen, wenn Sie auf die Aufnahme Ihrer Einwendung verzichten wollten. Wir haben mit Kollegen Ab. eingehend persönlich Rücksprache genommen, von welcher wir hoffen, daß im allgemeinen die Meinungsverschiedenheiten unter den Bremer Kollegen rein sachlich und ohne persönliches Wetzen künftighin im Corr. zum Ausdruck kommen sollen. Sollte also seitens der Bremer Tarifgemeinschaftsgegner dem entsprochen werden, wäre dem Ganzen damit ein großer Dienst erwiesen. Wacht-Be-

strebungen werden aber nach keiner Seite unterstützt oder im Corr. gestattet. Wollen wir es also noch einmal versuchen.

Verbandsnachrichten.

Hamburg-Altona. Der Drucker Albert Niemann aus Hamburg und der Seper Wilhelm Zblers aus Dellstedt werden hiermit aufgefördert, sich der hierorts eingegangenen Verpflichtungen zu entledigen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Mecklenburg-Vöbed. Abrechnung pro 1. Quartal 1897. Verbandskasse: Einnahme 3485,20 M., Ausgabe 2091,96 M., an den Hauptkassierer abgefandt 1393,24 M. — Gaukasse: Einnahme (einschließlich 1287,33 M. Bestand) 1677,63 M., Ausgabe 269,39 M., Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1897: 1408,24 M. — An Reiseunterstützung wurden verausgabt 512,30 M., Arbeitslosenunterstützung 89 M., Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 1152,96 M., dauernd Arbeitsunfähige 268 M. — Aus der Zentralinvalidenkasse wurden 8 Invaliden mit 722 M. unterstützt. — Bewegungssatz: Mitgliederstand Ende des 4. Quartals 1896: 258, neu eingetreten 8, wieder eingetreten 1, zugereist 25, zusammen 292 Mitglieder. Abgereist 31, ausgetreten 2, ausgeschloffen 3. Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1897: 256. Konditionslos waren 9 Mitglieder 282 Tage. Kranke 37 Mitglieder 910 Tage.

Berlin. In Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden G. Gemmecker wurde Kollege Ulrich gewählt. Die dadurch erledigte Redaktionsstelle wurde durch Kollege Böring besetzt. Alle den Vorsitzenden betreffenden Sendungen sind zu richten an: Emil Ulrich, Westfendstraße 44.

Dresden. Die Herren Kassierer sind gebeten, dem Seper Paul Prox aus Lauban die richtige Hauptbuchnummer 8762 einzutragen.

Gotha. Der Drucker Rudolf Richter, geboren am 3. November 1872 in Chemnitz, wird erucht, seine Adresse an Otto Wohlhart, Gotha, Seebachstraße 30, gelangen zu lassen.

Göttingen. Der Seper W. Weissenborn aus Nordhausen ist am 10. April d. J. ohne Buch von hier abgereist. Derselbe wird hierdurch aufgefördert, die noch restierenden 4 Wochenbeiträge binnen 14 Tagen einzusenden, da andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Heidelberg. Der Seper Adam Bachmann aus Bruchsal, welcher ohne Buch von hier abgereist ist, wird hierdurch aufgefördert, dasselbe gegen Entrichtung eines Wochenbeitrages in Empfang zu nehmen, widrigenfalls Ausschluss beantragt wird.

Weissen. Am Gautag in Weissen sind auf einem hiesigen Bahnhof in einer Kasse mehrere Jahresberichte des Gewerkschafts Dresden gefunden worden. Der Verlustträger — anscheinend ein Delegierter — wolle sich bei Dr. Thiemer, Poststraße 5, melden.

Wilhelmshaven. Bei Konditionsangeboten von hier eruchen wir, vorher Erkundigungen beim Vorsitzenden R. Jach. Bant, Weststraße 8, einzuziehen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Kasse- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Mainz. Die verehrlichen Herren Kassekassier werden höflichst erucht, dem auf der Kasse befindlichen Seper Walter Blum aus Elberfeld (Haupt-Nr. 30435, Rheinl.-Westf. 1953) die im Quittungsbuche vermerkten drei Mark abzugeben, an Ant. Böhl. Einig, Bauhofstraße 10, postfrei einzusenden und über die Erledigung zu quittieren.

Luxemburger Buchdruckerverein.

Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Statutum in der Buchdruckerei B. Bück, Pastorkasse, ausgegabt wird. — Der Verlehr befindet sich in der Gastwirtschaft Kellig, Dreifaltigkeitsstraße, Luxemburg.

◆ Anzeigen. ◆

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufnahme zu entrichten. Offerten in Preisliste zur Weiterbeförderung beizufügen.

Komplette Druckerei

Preis 16000 M., beabsichtige ich bei kleinster Anzahlung event. bei Selbstbeteiligung zu verkaufen, oder suche einen tüchtigen Faktor, guter Maschinist, zur selbständigen Leitung derselben. [557] Ernst Vogdt, Breslau, Dhlauerstr. 44.

Accidenzdruckerei

— einzige am Platz und in der Gegend — mit Impressenverlag, Ladengeschäft und Grundstück unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Auskunft durch Albert Rotzinger, Rosastr. 3, Freiburg i. B. [563]

Erster Graveur

für eine erste Schriftgiesserei Italiens gesucht; derselbe muss die Technik in Stahl und Material absolut beherrschen, tüchtig im Zeichnen und Schnitt von Einfassungen sein und sich darüber ausweisen können. Bewerber, welche schon im Holzschnitte gearbeitet haben und über akademische Bildung verfügen, erhalten den Vorzug. Nur ganz tüchtige Kräfte wollen sich melden.

Offerten mit Zeugnis-Abschriften und selbstgefertigten Proben unter B. S. 511 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Rüstermannsche Handgießmaschinen neuer Konstruktion und wenn vorzüglich erhalten, werden 3 bis 4 Stück zu kaufen gesucht. Offerten mit Näherem und billigster Preisangabe erbeten durch die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 539.

Ein tüchtiger Schweizerdegen

welcher eventuell mit dem Motore vertraut sein muß, findet als Seper sofort Stellung. Gehalt nach dem Tarif. W. Reddin, Bieslar (Prov. Sachsen). [547]

Für die Hausdruckerei
 einer bedeutenden Schriftgießerei wird ein in der modernen Satztechnik sowohl als in der Druck und in der Farbenwahl erfahrener Accidenzsetzer als Faktor gesucht. Ausführliche Offerten unter Beifügung von Proben, mit Angabe des bisherigen Wirkungskreises und der Gehaltsansprüche, befordert unter 551 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein tüchtiger, flotter [546]
Accidenz-Setzer

welcher mit dem modernen Accidenzsetz vertraut und in besseren merkantilen Arbeiten besonders erfahren, findet dauernde, gutbezahlte Stellung. Zeugnisse und selbstgefertigte Muster erbittet M. Mendelssohn in Duisburg a. Rh.

Tüchtige Tabellensetzer

für dauernde Kondition werden gesucht. Offerten beliebe man an die G. Braunsche Buchdruckerei in Karlsruhe, Baden, einzureichen. [569]

Zum möglichst sofortigen Eintritte suchen wir einen intelligenten jüngeren Setzer

der perfekt stenographieren kann. Derselbe würde auf unserm Bureau Beschäftigung finden und hätte zugleich Gelegenheit, sich im kaufmännischen Betriebe wie dem Zeitungsweisen ausbilden zu können. Werte Offerten an die Vereinsdruckerei Mannheim. [562]

Redakteur und Faktor

ordnungsliebender, pünktlicher Mann in gezeigten Jahren, repräsentationsfähig, tüchtiger Berichterstatter und Metteur mit reichen Erfahrungen und sehr guten Empfehlungen, sucht irgendwelchen Vertrauensplatz in kleinerer Zeitungsdruckerei. Dispositionsreiche Befähigung zur redakt. u. technischen Leitung einer solchen (auch bei Herstellung von Werken jeglicher Art) durchaus vorhanden. Anerbietungen unter Nr. 564 an die Geschäftsst. höfl. erbeten.

Verein Berliner Buchdruck- & Maschinenmeister.

Sonntag den 13. Juni Besichtigung der Farbenwerke von Epenstein in Hainersdorf-Bannewitz. Abfahrt vom Sietziner Bahnhof früh 7 Uhr 30 Min. Gäfte wolle man dem Vorsitzenden melden. Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand. [550]

Dresdener Buchdrucker-Verein.

Dienstag, den 22. Juni, abends 9 Uhr:

Ord. Generalversammlung
 im großen Saale des Trianon.

Laut § 8 des Statuts werden die geehrten Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge, welche auf die Tagesordnung dieser Versammlung kommen sollen, bis spätestens Sonnabend, den 12. Juni, an Ernst Reichenbach, Blasenwitzer Str. 65, III, einzufenden sind.
 Der Vorstand. [567]

Frankfurt a. M. Samstag, den 12. Juni,

abends präzis 9 Uhr, im Saale zum Lindenfels, Fahrgasse 128: **Mitgliederversammlung.** T. D.: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Berichterstattung über die am 27. Mai in Berlin abgehaltene Gauvorsitzer-Konferenz; 3. Stellungnahme zum diesjährigen Gauvorsitzungsbericht (auf Antrag von 17 Mitgliedern); 4. Berichterstattung der Herbergskommission; 5. Die Gauzuschieße und ihre notwendige Zentralisierung. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.
 Der Vorstand. [556]

Buchdruckmaschinenmeister-Klub zu Nürnberg.

Tit. **Maschinenmeister-Vereine** werden hierdurch höflich ersucht, alles in Händen befindliche Material, wie Statistiken, Anträge usw., die gegenwärtige Maschinenmeisterbewegung betreffend, an Unterzeichneten zur Information des Maschinenmeister-Klubs in Nürnberg gest. einzusenden zu wollen. [558]
 Karl Kupelow, Vorstand, Ludwig Feuerbachstr. 18, I.

Dank!

Am Tage meines sechzigjährigen Berufsjubiläums wurden mir so vielseitige und gütige Glückwünsche sowie schöne und wertvolle Geschenke überbracht, wofür ich hauptsächlich meinen hochverehrten Herren Chefs, den Herren Abteilungs-Faktoren im Hause, dem löbl. Faktorenbereine, dem löbl. Schriftgießergehilfenverein, dem Klindhardtischen Gesangsvereine sowie meinen Mitarbeitern und Arbeiterinnen und den Lehrlingen meinen tiefgefühlten Dank hierdurch ausspreche. [559]
 Leipzig, 1. Juni 1897.

Georg Böhn, Schriftf. Faktor im Hause Jul. Klinckhardt.

Bjesser, Aug., laß mir sofort Adresse zu! [560]
 Kasper, Lörrach (Baden), Palmstraße 5.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag, den 13. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, in Schwaffs Gesellschaftshaus, Neustädter Fußlentwiete 48:

Ausserord. General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinskmitteilungen; 2. Interpretation des § 42 des Statuts; 3. Antrag des Vorstandes: a) Die §§ 16 bis 25 des Statuts zu streichen und durch die §§ 13 bis 18 des neuen Statuts zu ersetzen; b) Die §§ 27 bis 30 des Statuts zu streichen; 4. Festsetzung der Unterstützungssätze; 5. Antrag des Vorstandes: Den Betrag für die allgemeine Kasse von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen; 6. Neuwahl des Vorstandes; 7. Bericht vom Gewerkschaftsrat.
 Der Vorstand. [565]

An sämtliche Maschinenmeister Leipzigs!

Freitag, den 11. Juni, abends 1/8 Uhr, im Römischen Hof:

Allgemeine Maschinenmeister-Versammlung.

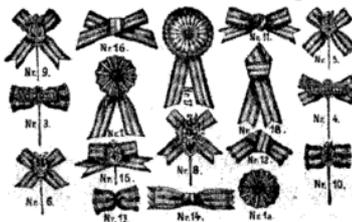
Tagesordnung: 1. Kommissionsbericht; 2. Vortrag; 3. Bericht über die Verhandlungen des Tarifausausschusses in Berlin und unsre Stellung dazu; 4. Bericht des: a) Besichtigung einer Farbenfabrik, b) Ausflug und Sommervergnügen betreffend. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen!

Sonntag, den 20. Juni, vormittags, **Ausflug nach Knauthain unter Musikbegleitung.** Alles nähere hierüber im Zirkulare. Die Kommission der Drucker und Maschinenmeister. [566]

Zum Johannisfest

allen verehrl. Ortsvereinen, Mitgliedschaften zur Anschaffung empfohlen:

Fünffarbige Fest- und Vereins-Abzeichen
 laut verkleinerter Abbildung:



Nr.	Preis pro Stück:	Pfg.	Nr.	Preis pro Stück:	Pfg.
1	50	11	11	40	25
2	35	12	12	25	10
3 (Vorstand)	75	13	13	50	75
4	75	14	14	75	40
5	75	15	15	100	30
6 (f. Gesangsvereine)	65	16			
8 (m. gross. Nadel)	115	17			
9 (f. Gesangsvereine)	75	18			
10	60				

Zur Aussehmückung der Festlokale

empfehlen:



Buchdruckerwappen, in Farben auf Karton gemalt u. ausgeschnitten zum Anhängen: pro Stück 58 cm hoch № 3.— 32 — 2.—
 ferner Gutenbergreliefs und Büsten in jeder Grösse und Preislage.

Zu Verlosungen, Lotterien

empfehlen wir die grosse Auswahl der im „Graphischen Anzeiger“ aufgeführten Gegenstände, als: Miniatur-Gutenberg-Büsten, Wappenfeuerzeuge, Porzellansachen, Tabakdosen, Zigarrenspitzen, Pfeifenschneuren, Bierkrüge, Kravattennadeln, Anhänger, Uhrbänder, Brustbänder, Wein- und Bierzipfel, Uhrketten, Damenbrochen etc. etc.
 Aufträge erbitten rechtzeitig. Man verlange sofort den „Graphischen Anzeiger.“ [545]
Zahlreiche Anerkennungen.
Graphische Verlagsanstalt, Halle a. S.

Empfehle den werten Kollegen alle Sorten **Zigarren und Zigaretten** in Prima-Qualität in jeder Preislage. Auch mache ich auf meine prima **Zigarillos** aufmerksam, welche ich nach allen deutschen Poststationen zu je 500 Stück im Preise von 7 Mk. unter Nachnahme franco versende.
 Jakob Bief, Mannheim, H. 2. 8. [568]

*** Ahlen * Pincetten ***
 in verschiedenen Ausführungen und feinsten Qualität.



Bei Mehrbezug würde ev. bedeutende Preisermässigung eintreten. Ill. Preisliste auf Verlangen gratis und franco.

Gutenberg-Haus Franz Franke BERLIN S. 42, Prinzenstr. 31.

Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.

Das Wappen der Buchdrucker, 47 zu 62 cm gross, in prachtvollem Farbendrucke. Preis 2,50 Mk. Verpackung extra 15 Pf.
 de. kleine Ausgabe in Quart, Buntdruck u. geprägt. Preis 1,50 Mk.
 Portrait Gutenbergs in Holzschnitt mit Tondruck. Grösse des Schnittes 36 zu 45 cm. Preis 2,50 Mk. Verpackung extra 15 Pf.
 de. kleine Ausgabe in Quart, auf chamois Papier. Preis 60 Pf.

Bestellungen erbitte per Buchhandel oder direkt per Post-einzahlung, da ich unter Nachnahme nicht expediere. Der Verlag wurde wiederum in Chicago prämiert.

Moritz Uhles Park-Garten,

Berlin, Kreuzbergstrasse 50, Berlin.
 Am 1. u. 2. Feiertage gemüthliche Morgenprache in dem schönen schattigen Garten mit seinen alten Bäumen, direkte Ausfucht nach dem **Viktoria-Park.** Vorzügliche Küche, kleine Preise. Außerdem empfehle frischen Gänsebraten, Kalb grün, Kotelettes m. Stangenspargel, Junges Guhn, vorzüglichen Kaffee à la Portin, 5 Tassen enthaltend, 50 Pf., alte März-Weisse, ff. Biere auf Eis.
 Hochachtungsvoll [561]
 Mor. Uhle, Berlin, Kreuzbergstr. 50, am Viktoria-Park.

Restaurant Fritsch Grothe

Zum Buchdruckerfreund!
 Ecke Fürbringerstrasse Berlin SW, Brossenerstrasse 46 empfiehlt den Berlin Buchdruckern u. Schriftgelehrern seine ff. Biere, Viqueur, Speisen usw. — Corr. liegt aus.
 Sonntagvormittags: **Urfidèle Morgenprache.**

Restaurant „Kronprinz“, Meissen.

Vereinslokal der Meissener Buchdrucker. Guten bürgerl. Mittagstisch. Große Stammkarte. Schöner schattiger Garten. Nur echte Biere in 1/2, 1/3, 1/4 Maßern. [544]

Leipzig, Stadt Hannover

Verkehrshaus der Leipziger Buchdrucker. Guter bürgerl. Mittagstisch 40 Pf., Abendessen nach Auswahl 30 bis 50 Pf. ff. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Kulmbacher 15 Pf. Wihl. Spliss, Seeburger 3/5. [192]

Restauration zur Wolfsschlucht

Kaiserslautern, Steinstrasse 2. Guten Mittagstisch. — Verkehr der vereinigten Gewerkschaften. [560]

Am Samstag, den 29. Mai, verschied nach langem Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Setzer
Johann Voullié
 im Alter von 37 Jahren. Ehre seinem Andenken.
 Würzburg, 31. Mai 1897.
 Mitgliedschaft Würzburg. [555]